

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.02

Presidenza del Presidente Magnani

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto.
Prego procedere all'appello nominale.

PINTER: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: Signori consiglieri la seduta è aperta.
Ha giustificato la propria assenza il consigliere Laimer *(mattino)*.
Diamo lettura del processo verbale della seduta precedente.

PINTER: *(segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

Vizepräsident Denicolò übernimmt den Vorsitz Assume la Presidenza il Vicepresidente Denicolò

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt es als genehmigt.

Wir gehen zur Tagesordnung über. In vereinheitlichter Debatte werden folgende Gesetzentwürfe bearbeitet: **Gesetzentwurf Nr. 6: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 betreffend die „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ und Änderungen zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 und nachfolgende Änderungen - eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz sowie Gesetzentwurf Nr. 10: Reform der Ordnung der örtlichen Autonomien - eingebracht vom Regionalausschuss.**

Ich bitte die Einbringer des Gesetzentwurfes Nr. 6 um die Verlesung des Berichtes.

PÖDER:

Begleitbericht

zum Gesetzentwurf betreffend Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 Betreffend die „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des

Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr.1“ und Änderungen zum
Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 und nachfolgende Änderungen

Dieser Gesetzentwurf entspringt aus der Notwendigkeit zum einen formale Fehler und Unsicherheiten zu beheben und zum anderen Bestimmungen hinsichtlich der institutionellen Organe der Gemeinden neu zu überdenken.

Anlässlich der Gemeinderatswahlen 1995 und 2000 musste die Erfahrung gemacht werden, dass die reformierten Bestimmungen mit den alten Bestimmungen hinsichtlich der Formalitäten der Listenerstellungen häufig kaum in Einklang zu bringen waren bzw. manchmal sogar in sich Widersprüche enthielten.

Es kam vor, während und nach der Listenhinterlegung sowie während und nach der Wahl zu Rechtsunsicherheiten, die rechtzeitig vor den nächsten Wahlen ausgeräumt werden müssen.

Einige formelle Vereinfachungen und Präzisierungen sind notwendig.

Darüber hinaus wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Regelung zu den Rücktritten, Neuwahlen und Misstrauensanträgen betreffend die Bürgermeister der Provinz Bozen überarbeitet. Es erscheint unangebracht und demokratiepolitisch nicht zulässig, dass bei einem Rücktritt oder einer Absetzung des Bürgermeisters der ganze Gemeinderat aufgelöst ist. Die Direktwahl des Bürgermeisters impliziert die de-facto und auch de-jure getrennte Wahl von Gemeinderat und Bürgermeister. Der Amtsverlust des Bürgermeisters - aus welchen Gründen auch immer - sollte nicht die Auflösung des ebenfalls demokratisch legitimierten Gemeinderates zur Folge haben.

Dies ist auch im Hinblick auf die Europäische Charta der örtlichen Autonomie nicht zulässig. Die Organe werden getrennt direkt gewählt, haben daher die gleiche unmittelbare Vollmacht, wobei aufgrund der europäischen Charta der Gemeindeautonomie der Gemeinderat den Vorrang hat.

Andererseits erscheint es wiederum demokratiepolitisch unangebracht, dass der direkt gewählte Bürgermeister vom Gemeinderat mittels Misstrauensantrag abgesetzt werden kann. Der Bürgermeister ist direkt vom Volk gewählt, so dass konsequenterweise nur das Volk ihn abberufen kann. Daher schlagen wir vor, dass bei Annahme eines Misstrauensantrages durch den Gemeinderat nach der betreffenden Gemeinderatssitzung eine Volksabstimmung darüber erfolgen muss. Erst dann hat es einen Sinn, falls das Volk das Misstrauen bestätigt, die Neuwahl des Bürgermeisters durchzuführen oder bei einer Ablehnung des Misstrauensantrages den Gemeinderat aufzulösen, wobei der Bürgermeister in diesem Fall im Amt verbliebe.

Wesentlich erscheint noch zu erwähnen, dass mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern unter anderem auch die Unvereinbarkeit des Amtes eines Assessors mit dem Amt eines Gemeinderates aufgehoben werden soll.

Ein wichtiger Teil des Gesetzentwurfes sieht vor, dass die Geschlechter künftig anteilmäßig zu ihrer Vertretung im Gemeinderat das Recht haben, im Gemeindeausschuss vertreten zu sein. In der letzten Amtsperiode war aufgrund der (leider nachträglich vom Verfassungsgericht annullierten) Quotenbestimmung bei der Kandidatenaufstellung und des

offeneren Wahlverhaltens der Wählerinnen und Wähler ein erfreulicher Anstieg der Zahl der Gemeinderätinnen zu verzeichnen. Sie wurden leider zumeist bei der Erstellung der Gemeindeausschüsse nicht berücksichtigt.

Deshalb erscheint es den Einbringern dieses Gesetzentwurfes angebracht, den Frauen ein Vertretungsrecht zuzusichern, wissend, dass diese Gesetzesbestimmung verfassungsrechtlich diskutabel ist. Eine Überprüfung hat jedoch ergeben, dass die Bestimmung für den Geschlechtervertretungsanspruch im Gemeindeausschuss durchaus die Voraussetzungen für die Verfassungsmäßigkeit besitzt.

Zu den einzelnen Artikeln:

Art. 1

Mit diesem Artikel soll auch für die Gemeinden der Provinz Bozen mit mehr als 3.000 Einwohnern bindend ein Gemeinderatsvorsitzender vorgesehen werden, wobei der Bürgermeister von diesem Vorsitz ausgeschlossen ist.

Es gibt keine Begründung dafür, warum für die Gemeinden der beiden Provinzen in diesem Bereich unterschiedliche Regelungen gelten sollen. Ein Gemeinderatsvorsitzender ist neben seiner wichtigen Funktion als Leiter der Gemeinderatssitzung auch eine deutliche Entlastung für den Bürgermeister, der sich somit während der Gemeinderatssitzung voll auf seine Rolle als Verwaltungschef der Gemeinde und politischer Leiter der Mehrheit konzentrieren kann.

Art. 2

Mit diesem Artikel erhält jedes Geschlecht das Recht, verhältnismäßig im Gemeindeausschuss vertreten zu sein. Damit soll verhindert werden, dass eines der beiden Geschlechter trotz einer gegebenenfalls relativ starken Präsenz im Gemeinderat nicht im Ausschuss vertreten ist. Der Bürgermeister hat bei der Berufung der Ausschussmitglieder dieser neuen Bestimmung Rechnung zu tragen, und dem jeweiligen Geschlecht, dem Verhältnis entsprechend, ein Mindestvertretungsrecht einzuräumen.

Art. 3.

Mit Art. 3 dieses Gesetzentwurfes soll die Unvereinbarkeit der Funktion des Gemeindeausschussmitgliedes mit der des Gemeinderatsmitgliedes in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohner aufgehoben werden. Es gibt keinen erkennbaren Grund, warum ein Gemeinderatsmitglied nicht auch Mitglied des Ausschusses sein sollte, oder umgekehrt. Die absurde Situation ist durch die geltende Regelung entstanden, dass ein Gemeindeausschussmitglied beispielsweise in Leifers als Gemeinderat zurücktreten muss und in Bruneck, mit nur unwesentlich weniger Einwohnern, ein Ausschussmitglied sein Gemeinderatsmandat behalten darf.

Art. 4

In diesem Artikel wird bestimmt, dass zwar grundsätzlich Gemeinderat und Bürgermeister weiterhin fünf Jahre im Amt bleiben und gleichzeitig gewählt werden sollen, aber der Rücktritt oder Amtsverfall des Bürgermeisters nicht zwingend die Auflösung des Gemeinderates nach sich zieht.

Im Falle des Rücktrittes oder des Amtsverfalles (auch durch Misstrauensantrag) des Bürgermeisters, verfällt der Gemeindeausschuss, bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Gemeindeausschusses im Amt und der Vizebürgermeister übernimmt die Amtsgeschäfte des Bürgermeisters. Es wird lediglich der Bürgermeister neu gewählt.

Der Artikel regelt die Formvorschriften für die Durchführung der vorgezogenen Neuwahl des Bürgermeisters, einige Bestimmungen des Gesetzes werden diesem Sonderfall angepasst.

Art. 5

Bisher konnte der Gemeinderat den Bürgermeister mittels Misstrauensantrag absetzen. Der Gemeinderat war im Falle des genehmigten Misstrauensantrag ebenfalls aufgelöst. Die soll künftig neu geregelt werden. Der Gemeinderat kann zwar auch künftig dem Bürgermeister das Misstrauen aussprechen, allerdings muss bei Genehmigung des Antrages die Wahlbevölkerung der betreffenden Gemeinde über den genehmigten Misstrauensantrag des Gemeinderates abstimmen. Dies erscheint sinnvoll, zumal die Wahlbevölkerung den Bürgermeister direkt gewählt hat.

Es werden die Formvorschriften für den Misstrauensantrag und für die folgende Volksabstimmung geregelt.

Darüber hinaus wird bestimmt, dass im Falle der Annahme des Misstrauensantrages mittels Volksabstimmung der Bürgermeister neu gewählt werden muss. Sollte der Misstrauensantrag von der Mehrheit der Abstimmenden abgelehnt werden, wird der Gemeinderat aufgelöst und neu gewählt.

Art. 6

Im Art. 6 wird bestimmt, dass die Gemeinderäte bis zur Neuwahl des Gemeinderates im Amt bleiben, sich jedoch ab der Veröffentlichung des Dekretes über die Wahlausschreibung darauf beschränken, nur die dringlichen Beschlüsse zu fassen.

Darüber hinaus wird präzisiert, wann Bürgermeister und Gemeinderat außer im Falle der allgemeinen Wahlen zu erneuern sind.

Art. 7

Mit dem 1. Absatz dieses Artikels ist beabsichtigt, die Dauer von der Auflösung bis zur Neuwahl des Gemeinderates und/oder des Bürgermeisters zu verkürzen, indem wesentlich mehr Neuwahl-Termine vorgesehen sind.

Die anderen Absätze regeln die restliche Amtszeit von Gemeinderat und/oder Bürgermeister im Falle von Wahlen, die aus anderen Gründen als der normale Ablauf der Amtszeit neu gewählt wurden.

Art. 8

Die Bestimmungen zur Hinterlegung des Listenzeichens beim Landesausschuss werden aufgehoben, um die Prozedur zu erleichtern; an anderer Stelle wird der Schutz von bereits verwendeten Listenzeichen genauer geregelt.

Art. 9

Mit Absatz zwei dieses Artikels wird eine Rechtsunsicherheit beseitigt, wonach unklar war, ob für Bürgermeister und Gemeinderatslisten getrennt Unterschriften gesammelt werden mussten oder nicht. Es wird präzisiert, dass in den Gemeinderatslisten der Name des jeweiligen Bürgermeisterkandidaten enthalten sein muss, sofern die Listen einen Bürgermeisterkandidaten haben oder mit einem verbunden sind. Die Unterschriften werden für die Kandidatenlisten gesammelt.

Zusätzlich wird die Zahl der erforderlichen Unterschriften in den entsprechenden Gemeinden gesenkt, um den Listen auf Gemeindeebene den Zugang zu den Kandidaturen zu erleichtern.

Mit Abs. 5 wird präzisiert, dass die Kandidaten ebenfalls Unterzeichner der Kandidatenliste sein dürfen. Es besteht kein zwingender Grund, warum die Gemeinderatskandidaten nicht auch die Vorlage der Listen unterzeichnen sollten.

Mit Abs. 6 wird bestimmt, dass die Unterschriften erst nach der Vorlegung der Listen und aller erforderlichen Beilagen und nach dem Anschlag an der Amtstafel gesammelt werden dürfen. Die Termine werden genau definiert. Es braucht nur mehr eine Vorlegung der Listen und Beilagen.

Bisher herrschte erhebliche Unsicherheit, weil zwischen Hinterlegung und Vorlegung unterschieden werden musste und die Termine teilweise ineinander übergriffen.

Die Modalitäten für die Unterschriftensammlung werden des weiteren in diesem Artikel präzisiert.

Art. 10

Auch mit diesem Artikel werden Begriffsunsicherheiten ausgeräumt.

Bisher war unklar, ob der Begriff „zu wählenden Ratsmitglieder“ den Bürgermeister einschließt oder nicht. Die Festsetzung der Höchstzahl der Gemeinderatskandidaten hängt von dieser Präzisierung ab.

Art. 11

Im Art. 11 wird dieselbe Präzisierung wie im vorhergehenden Artikel vorgenommen.

Darüber hinaus wird klargestellt, dass in den Gemeinden mit bis zu 13.000 Einwohnern die Gemeinderatskandidaten, die gleichzeitig für das Amt des Bürgermeisters kandidieren wollen, dies ausdrücklich erklären müssen und dass auch Gemeinderatslisten ohne Bürgermeisterkandidaten zugelassen sind.

Bisher mussten Gemeinderatskandidaten ausdrücklich auf die Kandidatur für das Amt des Bürgermeisters verzichten. Der dadurch entstehende Automatismus zur Bürgermeisterkandidatur erscheint demokratiepolitisch unangebracht, weil nicht jede Liste antreten muss, um den Bürgermeister zu stellen bzw. nicht jeder Gemeinderatskandidat automatisch auch Bürgermeisterkandidat sein will. Das Recht auf Opposition muss auch bereits bei der Erstellung der Kandidaturen ermöglicht werden.

Art. 12

In diesem Artikel wird der überflüssige Absatz zwei aufgehoben.

Des weiteren wird bestimmt, dass auch in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern Gemeinderatslisten zugelassen sind, die keinen Bürgermeisterkandidaten haben bzw. mit keinem verbunden sind. Die entsprechenden Änderungen zu Formvorschriften werden in späteren Artikeln vorgenommen.

Es erscheint demokratiepolitisch bedenklich, dass - wie bisher vorgesehen -, Gemeinderatslisten, die nicht antreten wollen, um den Bürgermeister zu stellen, dennoch gezwungen werden, einen Bürgermeisterkandidaten zu stellen bzw. zu unterstützen.

Art. 13.

Im Art. 13 Abs. 1, Buchstabe d) und f) wird bestimmt, dass künftig nur mehr jene Gemeinderatslisten ein Verwaltungsprogramm mit vorlegen müssen, die einen Bürgermeisterkandidaten haben bzw. mit einem verbunden sind.

Mit Abs. 3 werden die Modalitäten zum Schutz traditionell bzw. bereits verwendeter Listenzeichen präzise geregelt.

Des weiteren werden in diesem Artikel die Formvorschriften für die Erstellung der Kandidaturen präzisiert und vereinfacht.

Dabei erscheint angebracht, dass die Aufgaben der Behörden und der Listeneinbringer klar definiert werden und auch die Begriffsbestimmungen entwirrt werden.

Art. 14

Im Art. 14 werden die Aufgaben der Bezirkswahlkommission den neuen Formvorschriften angepasst, auch hinsichtlich der geänderten Modalitäten hinsichtlich Bürgermeisterneuwahl und Unterschriftensammlung sowie Streichung der Verpflichtung zur Verbindung mit einer Bürgermeisterkandidatur. Auch die geänderten Schutzbestimmungen für bereits verwendete Listenzeichen werden in den mit diesem Art. 14 teilweise neudefinierten Aufgaben der Bezirkswahlkommission berücksichtigt.

Es erscheint wichtig in diesem Zusammenhang auch klar festzulegen, wie die Listenbeauftragten von den Entscheidungen der Bezirkswahlkommission in Kenntnis gesetzt werden und wie die Vorschriften zur Vorlage neuer Dokumente bei Beanstandungen aussehen.

Art. 15

Damit wird lediglich berücksichtigt, dass es auch Kandidatenlisten ohne Bürgermeisterkandidaten gibt.

Art. 16

Mit Abs. 1 dieses Artikels wird der Stimmzettel für die Bürgermeisterwahl in den Gemeinden der Provinz Bozen mit bis zu 13.000 Einwohnern neu gestaltet, damit den Wählern die Art der Bürgermeisterwahl verdeutlicht wird.

Mit Abs. 3 wird bestimmt, dass auf den Stimmzetteln für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahl in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern auch jene Kandidatenlisten enthalten sein müssen, die mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbunden sind.

Art. 17

Die Wahlpropaganda für Gemeinderatswahlen wird in diesem Artikel geregelt und unter anderem um die Bestimmung erweitert, dass Wahlwerbung durch Verbände, Vereine, Gewerkschaften und dergleichen verboten ist sowie die entsprechenden Sanktionen vom Regionalausschuss festgelegt werden sollen.

Art. 18

Mit diesem Artikel wird die Beschaffenheit des Stimmzettels bei vorgezogenen Bürgermeisterneuwahlen ohne gleichzeitige Gemeinderatswahlen festgelegt. Darüberhinaus wird im Abs. 2 die Teilnahme des älteren Kandidaten an einer eventuellen Stichwahl bei vorgezogenen Bürgermeisterneuwahlen vorgesehen, wenn im ersten Wahlgang Stimmgleichheit der meistgewählten Kandidaten vorliegt.

Art. 19

Die Beschaffenheit des Stimmzettels und die Art der Stimmabgabe in Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern wird dahingehend neu geregelt, dass auch berücksichtigt wird, dass es künftig Gemeinderatskandidatenlisten gibt, die mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbunden sind.

In Abs. 2 wird präzisiert, dass die Stimmabgabe für das Listenzeichen mit einem Zeichen auf dem Listenzeichen erfolgt. Der bisherige Ausdruck „neben dem Listenzeichen“ hat für einige Verwirrung gesorgt.

In Abs. 3 wird die Möglichkeit geschaffen, auch eine Liste ohne Bürgermeisterkandidaten zu wählen bzw. eine Liste, die mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbunden ist.

In Abs. 4 wird bestimmt, dass die Stimme auch dann gültig ist, wenn der Wähler ein Zeichen auf dem Listenzeichen und gleichzeitig auf dem Namen des mit der Liste verbundenen Bürgermeisterkandidaten macht.

Wenn nur ein Zeichen auf dem Namen des Bürgermeisterkandidaten gesetzt wird, so sind der Kandidat und seine Bezugsliste (die er bei der Kandidaturvorlage benennen muss) gewählt.

Wenn die Stimme auf dem Namen eines Bürgermeisterkandidaten abgegeben wird, und auf einem Listenzeichen, das mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbunden ist, also einer Liste, die keinen Bürgermeisterkandidaten hat und mit keinem verbunden ist, so erhalten der ausgewählte Bürgermeisterkandidat und die ausgewählte mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbundene Liste die Stimme.

Wenn der Wähler einen Bürgermeisterkandidaten wählt und gleichzeitig die Stimme für eine Liste abgibt, die mit einem anderen Bürgermeisterkandidaten

verbunden ist, so ist die gesamte Stimmabgabe ungültig. In jedem Falle ungültig ist die Stimmabgabe, wenn mehr als ein Listenzeichen angekreuzt wird.

In Abs. 7 wird bestimmt, dass in den Gemeinden mit über 13.000 Einwohnern bei Gemeinderatswahlen ohne gleichzeitige Bürgermeisterwahlen die Abstimmungsmodalitäten für Gemeinderatswahlen in Gemeinden mit bis zu 13.000 Einwohnern angewandt werden.

Art. 20

Die Auszählung der Stimmen beginnt unmittelbar nach Schließung der Wahllokale und darf nicht länger als 5 Stunden dauern.

Art. 22

Im Abs. 2 wird die bisherige Rechtsunklarheit für den Fall beseitigt, dass der gewählte Bürgermeister eine Bezugsliste hat, die keinen Gemeinderatssitz erhält. Er erhält einen Gemeinderatssitz, der einfach von der Zahl der den Listen zuzuteilenden Gemeinderatssitze abgezogen wird.

Art. 23

Hier wird für die Formalitäten nach der Stimmenauszählung eine Präzisierung vorgenommen, was mit den nichtigen Stimmen zu geschehen hat.

Art. 24

Es werden Unklarheiten bezüglich der Gültigkeit abgegebener Stimmen beseitigt, die Entscheidung der Stimmzähler erleichtert.

Art. 25

Damit wird bestimmt, dass in den Gemeinden der Provinz Bozen mit über 13.000 Einwohnern Listenverbindungen entweder unter Listen, die einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten haben, gegenseitig vereinbart werden, oder unter solchen vereinbart werden können, die mit keinem Bürgermeisterkandidaten verbunden sind bzw. keinen Bürgermeisterkandidaten haben. Diesbezüglich ist zu berücksichtigen, dass Listen, die denselben Bürgermeisterkandidaten unterstützen, also mit ihm verbunden sind, ohnehin schon als untereinander verbunden gelten.

Art. 26

Nachdem der Artikel 23 des Regionalgesetzes Nr. 5 von 1956 gestrichen wurde, wird diese Bestimmung für die Ausgaben im Sinne des Artikel 23 des Regionalgesetzes von 1956 gestrichen.

Art. 27

Der Zugang der kandidierenden Parteien und Listen zu den Medien während des Wahlkampfes wird so lange durch die staatlichen Bestimmungen geregelt, bis es ein eigenes Regionalgesetz dafür gibt.

Art. 28

Der Regionalausschuss wird beauftragt, einen Einheitstext zu erstellen.

Art. 29

Dringlichkeitserklärung dieses Gesetzes aufgrund der Tatsache, dass das Gesetz rechtzeitig in Kraft treten muss, um allfällige Vorbereitungen für eventuell anstehende Gemeinderatswahlen, auf jeden Fall aber für die allgemeinen Wahlen im Jahr 2000 früh genug entsprechend der neuen Bestimmungen treffen zu können.

PRÄSIDENT: Danke! Ich bitte den Präsidenten der 1. Gesetzgebungskommission um die Verlesung des Berichtes.

PARDELLER:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzentwurf Nr. 6 „Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 betreffend die „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ und Änderungen zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 und nachfolgende Änderungen“ (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz) in vereinheitlichter Debatte mit dem Gesetzentwurf Nr. 10 „Reform der Ordnung der örtlichen Autonomien“ (eingebracht vom Regionalausschuss) in den Sitzungen vom 6. Juli sowie vom 7. und 17. September 2004 beraten.

Am 16. Juli hat eine Anhörung mit den Vertretern des Rates der Gemeinden der Provinz Bozen, des Gemeindenverbandes der Provinz Trient und der Gewerkschaften des Gemeindepersonals und der Gemeindesekretäre stattgefunden.

Der Begleitbericht wird als verlesen betrachtet und da der Erstunterzeichner nicht anwesend war, wird der Gesetzentwurf nicht erläutert.

Im Rahmen der vereinheitlichten Generaldebatte erwähnt kein Kommissionsmitglied diesen Gesetzentwurf.

Der Übergang zur Sachdebatte wird sodann zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich mit der Enthaltung von Frau Abg. Kury abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

RELAZIONE

La I^a Commissione legislativa ha esaminato, nelle sedute del 6 luglio e 7 e 17 settembre 2004 il disegno di legge n. 6: “Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 “Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1” e modifiche alla legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni” (presentato dai Consiglieri regionali Pöder e Klotz) in discussione congiunta con il disegno di legge n. 10 dal titolo “Riforma dell’ordinamento delle autonomie locali” (presentato dalla Giunta regionale).

Il giorno 16 luglio è stata svolta un'audizione con i rappresentanti del Consiglio dei Comuni della Provincia di Bolzano, del Consorzio dei Comuni della Provincia di Trento e delle rappresentanze sindacali del personale e dei segretari comunali.

La relazione viene data per letta e, mancando il primo firmatario, nessuno illustra il provvedimento.

Nel corso della discussione generale congiunta nessun commissario menziona il disegno di legge in esame.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata risulta respinto a maggioranza con l'astensione della cons. Kury.

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke! Ich bitte den Regionalausschuss um die Verlesung des Berichtes, zuständiger Referent, Kollege Amistadi.

AMISTADI:

RELAZIONE

Il presente disegno di legge rappresenta il primo intervento organico di revisione dell'attuale ordinamento comunale successivo alla legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3 che ha modificato il Titolo V - parte seconda della Costituzione, ridefinendo il sistema dei rapporti tra lo Stato, le Regioni, le Province autonome e gli Enti locali. Da tale nuovo quadro emerge come Regione, Province autonome ed i Comuni siano su di un piano paritario. Quindi i cardini della riforma costituzionale che influenzano necessariamente la presente proposta, sono certamente il principio di sussidiarietà la cui concreta attuazione è rimessa al legislatore provinciale, ma anche quello di pari ordinazione degli enti tra di loro e di leale collaborazione tra le autonomie.

Inoltre, le nuove disposizioni riconoscono l'autonomia dei comuni, sopprimendo i controlli sugli atti e riservando agli strumenti normativi locali l'individuazione dei modelli organizzativi interni, dando reale contenuto alla autonomia statutaria e regolamentare delle comunità locali.

Il disegno di legge tiene conto del nuovo contesto istituzionale dal quale risulta che sono le due Province autonome di Trento e di Bolzano a costituire la Regione Trentino - Alto Adige/Südtirol limitando quindi l'intervento legislativo regionale agli aspetti meramente ordinamentali ed a quelli concernenti la materia delle elezioni comunali fissando, al contrario, nel settore delle forme collaborative sovracomunali, del personale e dei segretari comunali e della contabilità comunale, una serie di principi sui quali interverrà successivamente il legislatore provinciale.

In questo nuovo contesto, i principali interventi normativi disposti dal presente disegno di legge riguardano i contenuti necessari degli statuti comunali, la ridefinizione delle competenze del consiglio comunale, l'obbligo di astensione, l'istituto del referendum di livello comunale, la nuova disciplina dell'indennità di carica, la modifica del sistema di elezione diretta del sindaco nei comuni trentini

superiori ai tremila abitanti, la modifica del limite demografico per il cambio del sistema elettorale nei comuni della provincia di Bolzano e garanzie per la parità di accesso tra donne e uomini alle cariche elettive.

Per quanto concerne la materia del personale e dei segretari comunali nel pieno rispetto dell'autonomia organizzativa dei comuni e del dettato statutario di cui all'art. 65 e dell'evoluzione del rapporto di pubblico impiego, vengono fissati i principi generali ai quali dovrà attenersi il legislatore provinciale nel normare quella parte dello *status* giuridico del personale e dei segretari comunali che è ancora da disciplinarsi con disposizioni legislative di dettaglio.

Il testo contiene delle disposizioni specifiche per quanto riguarda l'ordinamento dei segretari comunali modificando la disciplina concorsuale delle sedi di quarta classe, introducendo il concorso per titoli ed esami, il servizio di segreteria delle Unioni di comuni ed il caso di soppressione di sedi segretarili.

La successione legislativa provinciale dovrà individuare chiaramente le norme delle leggi e dei regolamenti regionali che cesseranno di avere efficacia nel rispettivo territorio a seguito della entrata in vigore delle leggi provinciali. Tale situazione si verificherà non solo per la materia del personale e segretari comunali, ma anche per quella delle forme collaborative intercomunali, della contabilità comunale e dei servizi pubblici locali.

In quest'ultimo delicato settore, tenuto conto delle specifiche competenze attribuite dallo Statuto speciale e norme di attuazione in materia di acque pubbliche, energia, rifiuti ed ambiente viene attribuita al legislatore provinciale la disciplina dei servizi pubblici locali, nel rispetto degli obblighi della normativa comunitaria.

Più in particolare i contenuti dell'articolato che si compone di 62 articoli, suddivisi in quattro capi possono così essere individuati:

Art. 1 - L'art. 1 (che riscrive l'art. 4 LR 1/1993) riserva allo statuto comunale la disciplina fondamentale dell'organizzazione dell'ente, alla luce dei nuovi principi contenuti negli art. 114-117 e 118 della Costituzione dopo la riforma del 2001 (legge Cost. n. 3/2001) e nel rispetto del principio generale della separazione dei compiti di natura tecnica da attribuire alla struttura burocratica da quelli di indirizzo politico e di controllo da riservare agli organi politici. Nei comuni privi di figure dirigenziali oltre al segretario comunale (di norma quindi con popolazione inferiore a 10.000 abitanti) viene però riconosciuta la facoltà di prevedere nello statuto delle disposizioni che attribuiscono al sindaco, agli assessori e alla giunta la competenza ad adottare atti anche di natura gestionale. Inoltre, la nuova norma riserva al sindaco l'adozione degli atti di natura tecnica ad esso espressamente attribuiti dalla legislazione vigente, ma riconosce la facoltà al capo dell'amministrazione di delegare questi compiti agli assessori, ai dirigenti o ai funzionari direttivi.

Lo statuto deve prevedere le forme di partecipazione delle minoranze alla determinazione degli indirizzi politici dell'ente nonché i diritti di iniziativa, controllo e partecipazione all'attività del comune dei singoli consiglieri e dei gruppi consiliari.

La nuova disciplina statutaria deve prevedere un maggiore coinvolgimento del consiglio nella definizione e nel progressivo adeguamento del programma politico da realizzare nel corso del mandato.

La nuova disciplina riserva allo statuto comunale l'individuazione delle ipotesi di decadenza dalla carica di consigliere in caso di assenza ingiustificata alle sedute consiliari. In base alla disciplina vigente invece i consiglieri decadono dalla carica qualora non intervengano a tre sedute consecutive del consiglio senza giustificato motivo. Con la nuova normativa che si propone quindi spetta allo statuto disciplinare la procedura per la dichiarazione di decadenza dei consiglieri, nel rispetto del principio del contraddittorio.

Lo statuto dovrà dettare norme che assicurino condizioni di pari opportunità tra uomo e donna e promuovano la presenza di entrambi i sessi nelle giunte e negli organi collegiali del comune nonché negli organi collegiali degli enti, aziende e istituzioni dipendenti dal comune.

Infine alla fonte statutaria è riservata la disciplina della partecipazione popolare all'attività amministrativa, del decentramento e dell'accesso dei cittadini alle informazioni.

Art. 2 - La disposizione uniforma le regole in materia di pubblicità dei regolamenti comunali, consentendo ad ogni cittadino di conoscere con esattezza il momento in cui gli stessi entrano in vigore. Rimane salvo l'obbligo di prevedere nello statuto ulteriori forme di pubblicità (di carattere notiziale ovvero a fini conoscitivi) per i regolamenti.

La norma riattribuisce (dopo l'abrogazione dell'art. 106 del regio decreto 383/1934 disposta con il TU 267/2000) ai comuni il potere di sanzionare la violazione dei regolamenti e delle ordinanze sindacali, nei casi non disciplinati dalla legge. Recentemente anche il legislatore nazionale ha provveduto a reintrodurre il potere degli enti locali di disporre sanzioni per la violazione dei regolamenti e delle ordinanze (art. 7 bis del TU n. 267 del 2000). Il limite massimo previsto dalla normativa regionale è però sensibilmente più alto, in quanto la norma proposta richiama l'articolo 10 della legge n. 689 del 1981 in materia di sanzioni amministrative. Infatti, a livello nazionale la sanzione amministrativa pecuniaria va da Euro 25 a Euro 500, mentre a livello regionale andrebbe da lire 12.000 (pari a Euro 6,00) a lire 20.000.000 (pari a Euro 10.329,00) in base alle scelte dei singoli regolamenti comunali.

Art. 3 - Con l'art. 3 viene dettata una nuova disciplina sulle modalità di presentazione delle dimissioni dalla carica da parte dei consiglieri comunali al fine di garantire la provenienza con il comma 2 si ribadisce che i consigli comunali sono dotati di autonomia funzionale organizzativa nei comuni con popolazione superiore a 15.000 abitanti possono essere previste strutture apposite a supporto del funzionamento dei consigli. È riconosciuta ampia autonomia regolamentare ai consigli comunali.

Artt. 4 e 5 - Con l'art. 4 (che modifica l'art. 13 LR 1/1993) vengono ridefinite e ampliate le funzioni del consiglio comunale. In particolare, salvo il diverso limite inferiore fissato dallo statuto comunale (articolo 5), è attribuita al consiglio l'approvazione dei progetti preliminari delle opere pubbliche quando la spesa

complessiva sia di importo superiore a un milione di euro nei comuni con popolazione fino a quindicimila abitanti o, per i restanti comuni, di un importo superiore alla soglia per l'applicazione delle direttive comunitarie in materia di appalti pubblici di lavoro. Al consiglio è poi riservata la decisione sulla partecipazione a società di capitale non affidatarie di servizi pubblici locali. Si precisa inoltre, per risolvere dubbi interpretativi fondati sulla normativa attuale, che la competenza consiliare sui tributi comunali non comprende la fissazione delle aliquote. Lo statuto è infine autorizzato ad ampliare i compiti del consiglio comunale, con l'unica condizione che le nuove competenze attribuite al consiglio riguardino atti di indirizzo e di natura politica. Le ulteriori attribuzioni del consiglio confermano la disciplina vigente.

Art. 6 - L'art. 6 (commi 1, 2, 3 e 5) modifica, per maggiore chiarezza e senza innovazioni, la norma sull'obbligo di astensione degli amministratori. Il comma 4 individua espressamente le ipotesi in cui sorge il dovere di astensione in capo all'amministratore comunale socio della società destinataria dell'effetto del provvedimento. In particolare la disposizione esclude in via generale l'obbligo di astensione ad eccezione delle ipotesi in cui si tratti di società di persone o di società di capitali nelle quali l'amministratore comunale disponga in assemblea di un rilevante numero di voti (pari almeno a un quinto dei voti esercitabili nell'assemblea ordinaria o a un decimo dei voti nel caso di società quotata in borsa). Attraverso l'individuazione tassativa dei casi in cui il rapporto tra l'amministratore comunale e la società destinataria del provvedimento diventa rilevante ai fini dell'astensione, non è più necessario accertare caso per caso se ricorrono i presupposti indicati dal comma 1 (interesse immediato e attuale) e 1 bis (in materia di pianificazione urbanistica: interesse concreto, immediato e di carattere economico; destinazione urbanistica più favorevole rispetto alla precedente) dell'articolo 33 della LR n. 29 del 1963.

La disposizione chiarisce inoltre che l'interesse in base al quale scatta l'obbligo di astensione deve avere carattere privato. Sotto questo profilo si precisa che non è rilevante la votazione di provvedimenti riguardanti società, enti o aziende nelle quali il consigliere comunale svolga un ruolo di amministrazione o di vigilanza in rappresentanza del comune.

Art. 7 - L'articolo sopprime il controllo sugli atti delle associazioni di comuni.

Art. 8 - Con l'art. 8 viene modificata la disciplina delle unioni. In particolare viene soppresso il vincolo della fusione, tenuto conto della necessità di incentivare nel territorio regionale, caratterizzato dalla presenza di numerose microcomunità, l'attivazione di questa forma collaborativa eliminando ogni possibile remora alla collaborazione tra gli enti. Peraltro la creazione di un comune unico entro il decimo anno è fortemente incentivata sul piano economico mediante la concessione di contributi regionali che sono incrementati nell'ipotesi in cui la fusione sia anticipata rispetto a tale termine.

Art. 9 - La disposizione è diretta a colmare una lacuna normativa, derivante dalla soppressione con la legge regionale 4 gennaio 1993 n. 1 del consorzio di funzioni. La LR n. 1 del 1993 ha infatti previsto l'obbligo di trasformare i consorzi di funzioni nelle altre forme collaborative comunali (associazioni, unioni, convenzioni) e limitato l'utilizzo del consorzio alla gestione associata di

servizi pubblici locali. Rimaneva aperto il problema dei consorzi obbligatori di funzioni previsti dalle leggi di settore statali o provinciali. Per questi consorzi infatti la legge regionale non dispone nulla, lasciando incerto il quadro normativo di riferimento. La disciplina che ora si propone individua espressamente le disposizioni regionali applicabili ai consorzi obbligatori di funzioni.

Art. 10 - L'articolo ha carattere esclusivamente tecnico, limitandosi a correggere un rinvio normativo errato.

Art. 11 - Riserva allo statuto comunale le modalità di elezione del presidente del consiglio di circoscrizione.

Art. 12 - Estende anche ai comuni con meno di 2000 abitanti la possibilità di attribuire un'indennità di carica agli assessori (entro il limite del 50% di quella del sindaco).

Art. 13 - Definisce meglio l'attuale disciplina dei gettoni di presenza.

Art. 14 - Detta nuove disposizioni in materia di indennità di carica delegando alle due Province autonome, almeno all'inizio di ogni mandato amministrativo di sindaco e consiglio comunale, la fissazione della misura dell'indennità di carica fissando in legge una serie di "paletti" e parametri attraverso i quali le Giunte provinciali sentite le rappresentanze dei comuni stabiliscono la misura delle indennità e dei gettoni.

I "paletti" sono:

- a) equiparazione del trattamento per categorie di amministratori;
- b) articolazione delle indennità in rapporto con la dimensione demografica degli enti, tenuto conto delle fluttuazioni stagionali della popolazione, delle particolari funzioni assunte dagli enti nonché del fatto che le funzioni connesse con la carica siano svolte a tempo pieno o parziale;
- c) articolazione delle indennità di carica del vicesindaco e degli assessori in rapporto alla misura dell'indennità stabilita per il sindaco entro una fascia di oscillazione compresa fra il 20 e l'80 per cento della medesima. Ai presidenti e ai componenti degli organi esecutivi delle forme collaborative di cui al Capo IX della legge regionale 4 gennaio 1993 n. 1, e successive modificazioni sono attribuite le indennità di carica nella misura prevista per il comune avente maggiore popolazione fra quelli partecipanti;
- d) articolazione dell'indennità di carica del presidente del consiglio in misura non superiore a quella prevista per gli assessori comunali;
- e) determinazione dell'indennità di carica del sindaco del capoluogo di provincia in misura non superiore al 90% del trattamento economico corrisposto al consigliere provinciale; determinazione dell'indennità di carica dei sindaci degli altri comuni in applicazione dei criteri di cui alle lettere precedenti e in misura decrescente rispetto all'indennità del sindaco del comune capoluogo;
- f) determinazione del gettone di presenza in misura non inferiore a quanto stabilito per i comuni di classe demografica immediatamente superiore con il

decreto di cui al comma 8 dell'articolo 82 del decreto legislativo 18 agosto 2000, n. 267; per i comuni con popolazione superiore a 30.000 abitanti la misura del gettone di presenza non può essere inferiore a quella prevista dal medesimo decreto per i comuni della classe demografica più elevata;

g) definizione del limite di cumulabilità delle indennità relative alle cariche contemporaneamente rivestite.

Art. 15 - L'articolo adegua un rinvio alla normativa statale in conseguenza di modifiche legislative sopravvenute (in materia di status degli amministratori comunali).

Art. 16 - L'articolo rende obbligatoria la previsione negli statuti comunali dell'istituto del referendum popolare, per assicurare ai cittadini la possibilità di intervenire nelle scelte politiche dei comuni. Rinvia invece la disciplina del procedimento referendario ai regolamenti comunali, i quali non potranno comunque prevedere un numero di sottoscrizioni a sostegno del referendum superiore al 15 per cento degli elettori iscritti nelle liste elettorali del comune; tale numero non può comunque essere inferiore a 40 elettori. Per promuovere una consultazione che riguardi una frazione o una circoscrizione saranno necessarie sottoscrizioni in numero non inferiore al 15 per cento degli elettori residenti nella frazione o circoscrizione.

Art. 17 - Adegua la disciplina regionale al nuovo sistema costituzionale delle autonomie locali, nel quale non sono più previste forme di controllo sugli atti degli enti locali.

Art. 18 - Adegua la disciplina regionale al nuovo sistema costituzionale delle autonomie locali, nel quale non sono più previste forme di controllo sugli atti degli enti locali.

Art. 19 - La disposizione rende facoltativa la compilazione del prospetto di conciliazione nei comuni che adottano un sistema contabile che rilevi le operazioni gestionali sia sotto il profilo finanziario che economico - patrimoniale, in quanto il sistema contabile fornisce in questo caso tutti gli elementi e i dati (determinati in modo analitico) che possono essere ottenuti utilizzando il prospetto di conciliazione.

Art. 20 - Adegua la disciplina regionale al nuovo sistema costituzionale delle autonomie locali, nel quale non sono più previste forme di controllo sugli atti degli enti locali.

Art. 21 - Elimina di fatto il regime della tesoreria unica per tutti i comuni della regione.

Art. 22 - Coordina la disposizione sullo scioglimento e sulla sospensione del consiglio comunale con le norme in materia di mozione di sfiducia, dimissioni, impedimento, rimozione, decadenza o decesso del sindaco previste dall'art. 62 della LR 3/1994. Precisa inoltre, a chiarimento della normativa in vigore, che in capo al commissario nominato dalla giunta provinciale si concentrano le funzioni assegnate dall'ordinamento al consiglio, alla giunta e al sindaco.

Art. 23 - Unifica la disciplina del rimborso delle spese legali sostenute dagli amministratori dei comuni e degli altri enti locali e aziende, uniformandola a quella vigente per i dipendenti dei comuni.

Art. 24 - Una precisazione importante riguarda i termini entro i quali deve avvenire la sostituzione dell'assessore dimissionario. La vigente legge regionale nulla dispone in merito; pertanto il comma 1 dell'art. 24, oltre a definire irrevocabili e immediatamente efficaci le dimissioni, stabilisce l'obbligo di sostituire l'assessore dimissionario entro 20 giorni per i comuni della provincia di Trento ed entro 60 giorni per i comuni della provincia di Bolzano.

Il comma 2, con riferimento ai comuni della provincia di Bolzano fissa il termine per la presentazione al consiglio comunale della proposta di composizione della giunta comunale fissandolo alla prima seduta successiva all'elezione.

Il comma 3 prevede che per la determinazione del numero di posti da assegnare in giunta comunale a ciascun gruppo linguistico si deve aver riguardo alla consistenza dei gruppi linguistici presenti in consiglio comunale come accertata al momento della convalida del consiglio neo- eletto; tale comma riformula l'art 2 c. 6 della L.R. 30/11/94 n. 3.

Art. 25 - Il comma 1 stabilisce che i consigli comunali in regime di *prorogatio* possono adottare solo gli atti urgenti (mentre non è più necessario che gli atti siano anche improrogabili) e chiarisce il termine da cui decorre tale limitazione dei poteri (dal giorno successivo a quello di pubblicazione del decreto di indizione dei comizi elettorali).

Il comma 6 dell'articolo 10 della LR n. 3/1994 è stato riformulato in conseguenza della modifica della disciplina del giuramento, precisando che nei comuni della provincia di Bolzano le funzioni della giunta sono esercitate dal sindaco fino alla elezione degli assessori da parte del nuovo consiglio comunale. In provincia di Bolzano infatti gli assessori non sono nominati dal sindaco ma eletti dal consiglio.

Art. 26 - Dispone il rinvio del turno elettorale autunnale nell'anno in cui si svolgono le elezioni provinciali.

Art. 27 - L'articolo semplifica il procedimento di presentazione delle candidature. In particolare:

- elimina l'obbligo del deposito delle candidature preliminare alla raccolta delle sottoscrizioni;
- riduce sensibilmente (del 25 %) il numero di sottoscrizioni necessarie per la formazione delle candidature;
- precisa che un minimo di sottoscrizioni, 20, è richiesto per la presentazione delle liste nei comuni con popolazione fino a 2.000 abitanti; l'attuale disciplina prevede l'esonero dalla sottoscrizione per la presentazione delle candidature nei comuni fino a 1.000 abitanti;
- chiarisce che nei comuni della provincia di Bolzano con popolazione fino a 13.000 abitanti è possibile presentare liste di candidati alla sola carica di consigliere comunale.

Art. 28 - Adeguamento alle modifiche introdotte con l'articolo 27.

Art. 29 - Adeguamento alle modifiche introdotte con l'articolo 27.

Art. 30 - Prevede che le liste dei candidati siano formate da rappresentanti di entrambi i sessi. Le liste che non comprendano almeno il 25 per cento di candidati dell'altro genere sono escluse dalla competizione elettorale.

Art. 31 - L'articolo non modifica la normativa vigente nei comuni della provincia di Bolzano relativamente al collegamento delle liste ai fini dell'assegnazione dei seggi residui (art. 35 della L.R. 6 aprile 1956, n. 5). Il nuovo articolo si limita infatti a chiarire la disposizione cambiandone la collocazione. Il comma è spostato dall'articolo 20 (il cui comma 2 è abrogato dal comma 2 dell'art. 29 del presente d.d.l.) all'art. 35 (comma 2) della L.R. n. 5 del 1956. Nel merito la disposizione conferma che il collegamento oltre che reciproco deve essere effettuato esclusivamente tra liste che appoggiano il medesimo candidato alla carica di sindaco.

Art. 32 - I commi 1 e 2 hanno carattere esclusivamente tecnico limitandosi a semplificare il rinvio alla normativa statale in materia di autenticazione delle sottoscrizioni.

Il comma 3 amplia il periodo a disposizione della Commissione elettorale circondariale per la verifica e l'ammissione delle candidature. La modifica è necessaria affinché le liste possano utilizzare tutto il mese loro riservato dalla legge per la propaganda elettorale. Il periodo utile per la presentazione delle candidature alla segreteria del comune è stato conseguentemente anticipato: tale adempimento deve essere svolto tra il 37° e il 33° giorno precedente quello di votazione con esclusione della domenica. La normativa vigente colloca tale adempimento tra il 34° e il 31° giorno antecedente quello della votazione.

Art. 33 - Anche l'articolo 33 ha natura tecnica e si limita ad adeguare la normativa regionale alle modifiche introdotte dagli articoli 27, 30 e 31 di questo ddl.

Art. 34 - Nei comuni trentini con popolazione superiore a 3000 abitanti, viene introdotto il "voto congiunto". Non è più possibile, quindi, votare per liste non collegate al candidato sindaco votato e viene eliminato ogni possibile caso di sindaco senza maggioranza (famosa anatra zoppa).

Il candidato sindaco eletto al primo o al secondo turno ottiene, come ora, il 60 per cento dei seggi di cui si compone il consiglio comunale.

Art. 35 - Nei comuni della provincia di Bolzano con popolazione superiore ai 15.000 abitanti il voto apposto solo sul nominativo di un candidato alla carica di sindaco costituisce un voto valido per il candidato sindaco votato e la lista ad esso collegata. In caso di collegamento con un gruppo di liste i voti al solo candidato sindaco sono ripartiti proporzionalmente fra tutte le liste del gruppo.

Art. 36 - Modifica che si ricollega alla introduzione del voto congiunto per la elezione del sindaco e del consiglio comunale nei comuni sopra i 3000 abitanti del Trentino.

Art. 37 - L'articolo chiarisce che nei comuni fino a 15.000 abitanti della provincia di Bolzano, al fine di non ridurre la proporzionalità del sistema, il divisore da utilizzare per il calcolo del quoziente elettorale è pari al numero dei seggi del consiglio compreso il seggio del sindaco. Infatti, senza questa precisazione l'Ufficio centrale può essere indotto ad applicare una regola diversa ottenendo un quoziente elettorale più alto per effetto di un divisore inferiore.

Art. 38 - La disposizione prevede che, nei comuni con popolazione superiore a 15.000 abitanti della provincia di Bolzano, tutti i candidati sindaco non eletti alla carica entrano in consiglio, purché la lista di riferimento abbia ottenuto almeno un seggio. In base alla normativa vigente diventa consigliere solo il candidato sindaco perdente al ballottaggio.

Art. 39 - Modifica tecnica collegata con il nuovo sistema introdotto con gli art. 35 e 36.

Art. 40 - Introduce il principio, affermato dalla giurisprudenza, secondo il quale le preferenze non espresse a fianco della lista votata, ma in altri spazi della scheda, per candidati appartenenti alla lista votata sono comunque efficaci.

Art. 41 - Tale disposizione è necessaria a seguito alla riduzione del numero delle sezioni disposta dallo Stato (il loro numero è stato diminuito del trenta per cento). L'articolo riduce il numero delle sezioni elettorali che, se istituite in uno stesso comune, comporta la costituzione dell'ufficio centrale per le operazioni preordinate alla proclamazione degli eletti.

Pertanto, per far sì che l'ufficio centrale venga costituito nei comuni di una certa dimensione (ovvero negli stessi comuni dove ne era prevista la costituzione prima della riduzione) deve essere ridotto il numero delle sezioni al di sopra del quale costituire tale ufficio.

Art. 42 - La norma opera un rinvio alla disciplina statale in materia di documento di ammissione al voto.

Art. 43 - La Giunta regionale si impegna ad organizzare incontri di aggiornamento per i presidenti degli uffici elettorali di sezione ogni volta che avranno luogo consultazioni per il rinnovo degli organi delle amministrazioni comunali.

Art. 44 - L'articolo 44 estende da 13.000 a 15.000 abitanti il limite demografico per il cambio di sistema di elezione del sindaco e del consiglio comunale in provincia di Bolzano. La modifica comporta pertanto che sindaco e consiglio saranno eletti con doppia scheda anche nei comuni tra 13.000 e 15.000 abitanti. Inoltre, nei comuni di tutta la regione, 15.000 abitanti è il limite oltre il quale scatta l'incompatibilità tra le cariche di consigliere e assessore.

Art. 45 - La disposizione amplia le funzioni notarili del segretario comunale, che oltre a rogare i contratti può autenticare anche le scritture private e gli atti unilaterali nell'interesse dell'ente, uniformando la disciplina regionale a quella statale.

Art. 46 - L'articolo modifica l'art. 42 della LR 4/1993 adeguando la gestione associata delle funzioni segretarili ai modelli collaborativi sovracomunali previsti

dalla LR 1/1993. Il rinvio al modello del consorzio previsto dalla disciplina vigente è sostituito dal richiamo alla convenzione. Vengono inoltre soppressi i limiti attualmente previsti per la gestione associata del servizio, riconoscendo anche in questo settore l'autonomia organizzativa dei comuni.

Art. 47 - La disposizione estende espressamente ai comuni della regione la disciplina sui rapporti di lavoro a tempo determinato introdotta dal decreto legislativo 6.9.2001 n. 368, che ha recepito la direttiva 1999/70/CE.

Art. 48 - L'articolo conferma, per ragioni sistematiche, l'estensione al rapporto di lavoro del segretario delle regole previste per gli altri dipendenti comunali, come peraltro avviene sulla base della vigente disciplina e in particolare dell'art. 64 della LR 4/1993.

Art. 49 - Vengono introdotti alcuni correttivi alla disciplina tradizionale sul segretario comunale per assicurare la continuità e la stabilità del rapporto di lavoro. In questa prospettiva si pongono le norme recate dall'art. 48, le quali da un lato subordinano l'accesso alle sedi segretarili di quarta classe al superamento di un concorso per titoli ed esami (mentre attualmente il concorso è solo per titoli), e dall'altro impongono la permanenza del vincitore presso la sede per un periodo minimo fissato dalla legge o concordato con l'amministrazione comunale. In caso di dimissioni volontarie prima della scadenza del termine di permanenza obbligatoria presso la sede, il segretario non potrà assumere servizio presso altra sede segretarile fino alla scadenza del suddetto termine.

Art. 50 - Viene modificata la disciplina dell'ammissione ai concorsi per sedi segretarili terza classe, valutando per intero il servizio prestato in qualità di segretario comunale, sia di ruolo sia reggente o supplente a tempo pieno.

Art. 51 - È modificata la disciplina del servizio di segreteria nel caso di fusioni di comuni. Analogamente a quanto avviene per le unioni, anche nel caso di fusione è prevista la creazione di una segreteria unica, con un titolare che assume formalmente lo status di segretario del nuovo comune e una pluralità di vicesegretari. La disciplina fissa i criteri per l'individuazione del soggetto cui attribuire la sede segretarile del nuovo ente. Gli stessi criteri sono poi previsti dal comma 2 che riguarda il caso delle convenzioni di segreteria.

Con la disciplina prevista da questo articolo, che introduce l'articolo 59 bis nella legge regionale 5 marzo 1993 n. 4, diventa esplicita nel caso di unioni di comuni l'impossibilità di dissociare le funzioni trasferite e il servizio di segreteria comunale. In base alla normativa proposta la costituzione dell'unione comporterà sempre almeno il distacco funzionale dei segretari presso l'unione (segreteria collegiale) come soluzione organizzativa accessoria rispetto alle funzioni trasferite. In alternativa il comma 2 prevede la soppressione di tutte le sedi segretarili comunali e la creazione di una segreteria unica dell'unione, con un titolare, che assume formalmente lo status di segretario dell'unione di classe corrispondente a quella dei comuni di pari popolazione, affiancato da una pluralità di vicesegretari. Nella sostanza tuttavia le differenze tra la segreteria collegiale e quella unica non sono molto rilevanti. In entrambi i casi infatti deve essere adottato il modello dirigeriziale, in base al quale il ruolo di un soggetto all'interno dell'organizzazione non è determinato dalla qualifica ma dall'incarico

direttivo. Il segretario o i segretari saranno quindi legittimati all'interno dell'unione dal contenuto del proprio incarico, per il quale si trovano a concorrere con gli altri dirigenti o funzionari direttivi. I compiti "notarili", sono ripartiti dal presidente dell'unione tra i segretari, i vicesegretari e i dipendenti in possesso dell'abilitazione all'esercizio delle funzioni segretarili. Pertanto, con la creazione dell'unione, sarà il presidente dell'unione a disciplinare l'esercizio di queste funzioni per l'unione e per i singoli comuni.

Art. 52 - Attribuisce ai consorzi dei comuni di Trento e di Bolzano i diritti di segreteria riscossi ai sensi della L. 8.6.1962 n. 604, con il vincolo di destinarli alla formazione e all'aggiornamento dei segretari e vicesegretari comunali, nonché dei dirigenti e dei responsabili dei servizi. In base al comma 2 i diritti di segreteria, versati dai comuni alla Regione a decorrere dal 1998 e non utilizzati dalla stessa per la formazione dei segretari comunali sono ripartiti in misura uguale tra i consorzi in relazione alle somme versate dai rispettivi comuni.

Art. 53 - Viene stabilito che nel rispetto dell'autonomia comunale, dei principi di riforma del rapporto di pubblico impiego e della sua privatizzazione nonché, per quanto concerne i segretari comunali, della legge n. 1/71 che al Titolo VI ha disposto la loro comunalizzazione nei comuni della nostra regione, le Province autonome disciplinano l'ordinamento del personale dei comuni e dei segretari comunali. Il legislatore regionale fissa dei principi generali e ulteriori principi per la nuova disciplina dello status dei segretari comunali. In particolare:

- a) le modalità per garantire la continuità di esercizio delle funzioni segretarili;
- b) la facoltà dei comuni di assicurare le funzioni segretarili anche attribuendole ad un dipendente in possesso di qualifica apicale e di specializzazione o qualificazione professionale adeguata rispetto alla rilevanza dell'ente in relazione alla popolazione ed alle caratteristiche socioeconomiche dello stesso;
- c) la durata, il rinnovo e l'eventuale revoca anticipata degli incarichi nonché la disciplina generale della valutazione delle prestazioni dei segretari e del personale con incarico dirigenziale;
- d) i criteri per la mobilità fra i Comuni e con gli altri enti ad ordinamento regionale o provinciale; la previsione di forme di utilizzazione provvisoria per i segretari senza incarico; la disciplina transitoria e le garanzie per i segretari in servizio;
- e) la possibilità di assumere dirigenti con contratti a tempo determinato.

Art. 54 - Tenuto conto della intervenuta riforma costituzionale nonché della competenza delle due Province autonome in materia di finanza locale (artt. 80-81 dello Statuto speciale e norma di attuazione art. 17 decr. Leg.vo n. 268/92) si stabilisce che le due Province stabiliscono con legge provinciale i principi dell'ordinamento contabile dei comuni.

Art. 55 - Fissa il principio della delega alle due Province autonome della disciplina di dettaglio delle forme di collaborazione fra i comuni per la gestione di funzioni e servizi di loro competenza, in linea con quanto già intrapreso dal legislatore regionale con la legge regionale n. 10/98.

Art. 56 - La disciplina ordinamentale sui servizi pubblici locali è rimessa al legislatore provinciale con l'obbligo esplicito del rispetto degli obblighi e dei vincoli derivanti dalla normativa dell'Unione europea con particolare riferimento alla materia dei servizi pubblici e del mercato interno.

Art. 57 - La disciplina del procedimento amministrativo per i comuni sarà quella della rispettiva Provincia autonoma e non più quella fissata dal legislatore regionale con la L.R. n. 13/93.

Art. 58 - Riguarda la possibile soppressione delle I.P.A.B. in alcune particolari circostanze con devoluzione del patrimonio ai comuni.

Artt. 59-63 - Dettano una serie di disposizioni transitorie e finali: per la prima applicazione, per la redazione di testi unici, per l'entrata in vigore. L'articolo 61 dispone una serie di abrogazioni esplicite della vigente normativa regionale. Alcuni articoli della legislazione ordinamentale regionale cesseranno la loro vigenza a far data dall'entrata in vigore delle leggi provinciali delegate di cui agli articoli da 53 a 58.

Il testo del presente disegno di legge rappresenta una prima risposta alle esigenze manifestate dagli Amministratori comunali e vuole concretamente adeguare le disposizioni ordinamentali al rinnovato quadro costituzionale ed istituzionale che si fonda su di un ruolo forte e specifico attribuito ai comuni posti su di un piano di assoluta parità con la Regione e le Province autonome.

Il disegno di legge costituisce un tassello fondamentale per rendere possibile un trasferimento di funzioni dal livello provinciale a quello comunale attivando i principi di sussidiarietà e di leale collaborazione fra i diversi livelli di governo.

La Giunta nel trasmettere il presente disegno di legge al Consiglio regionale ne segnala la particolare importanza ed urgenza connessa anche con la scadenza elettorale della primavera 2005 che vedrà andare alle urne gli elettori di 206 comuni trentini e 115 comuni sudtirolesi per l'elezione diretta del sindaco e dei consigli comunali.

PRÄSIDENT: Danke! Ich bitte den Präsidenten der 1. Gesetzgebungskommission um die Verlesung des Berichtes.

PARDELLER:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den Gesetzentwurf Nr. 10 „Reform der Ordnung der örtlichen Autonomien“ (eingebracht vom Regionalausschuss) in vereinheitlichter Debatte mit dem Gesetzentwurf Nr. 6 „Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 betreffend die „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ und Änderungen zum Regionalgesetz Nr. 5 vom 6. April 1956 in geltender Fassung“ (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz) in den Sitzungen vom 6. Juli sowie vom 7. und 17. September 2004 beraten.

Am 16. Juli hat eine Anhörung mit den Vertretern des Rates der Gemeinden der Provinz Bozen, des Gemeindenverbandes der Provinz Trient und der Gewerkschaften des Gemeindepersonals und der Gemeindesekretäre stattgefunden.

Der zuständige Assessor, Adelino Amistadi, hat den Gesetzentwurf erläutert und erklärt, dass diese Gesetzesvorlage auf einem in der letzten Legislaturperiode eingebrachten Gesetzentwurf des Regionalausschusses beruht, der entsprechend ergänzt und zusammen mit den Institutionen und Gewerkschaften überarbeitet worden ist.

Mit diesem Gesetzentwurf sollen die Zuständigkeiten des Gemeinderates, die durch die vorgehende Reform eingeschränkt worden waren, neu festgesetzt und ausgebaut werden, ohne dabei die Effizienz der Verwaltungstätigkeit zu beeinträchtigen.

Darin werden außerdem die Amtsentschädigungen der Bürgermeister und der Gemeindeverwalter auch der kleineren Gemeinden geregelt, indem die Festsetzung des Ausmaßes den beiden Landesregierungen übertragen wird. Auch soll ein Landesgesetz die Ordnung über die Gemeindesekretäre regeln.

Der Assessor weist darauf hin, dass mit diesem Gesetzentwurf die Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, in welchen eine eigentliche Verwaltungsstruktur nicht immer vorhanden ist, selbst entscheiden können, ob sie in der Satzung die Trennung zwischen Politik und Verwaltung festschreiben wollen oder nicht.

Ein weiterer wichtiger Punkt dieses Gesetzentwurfes ist aber auch die Einführung der so genannten „Frauenquote“, die vorschreibt, dass auf einer Liste von Gemeinderatskandidaten keines der beiden Geschlechter mit mehr als 75 Prozent vertreten sein darf.

Das Gesetz erleichtert außerdem die Unterschriftensammlung für die Abhaltung einer Volksabstimmung und schafft nur für die Provinz Trient die Möglichkeit ab, dass der Wähler seine Stimme für einen Bürgermeisterkandidaten und für eine Liste, die nicht mit diesem verbunden ist, abgibt.

Im Rahmen der Generaldebatte fordert Frau Abg. Kury in ihrer Wortmeldung die Kommission auf, im Gesetzentwurf ausdrücklich auf das Recht der europäischen Bürger hinzuweisen, an den Gemeindewahlen teilzunehmen, und beantragt, dass die kürzlich in der Provinz Trient eingeführte Statutsreform hinsichtlich des aktiven Wahlrechts auch auf die Provinz Bozen ausgeweitet werde. Weiters sollte nach Auffassung der Abgeordneten bei der Vorlegung der Kandidatenlisten bei den Gemeindewahlen auch die Ad-hoc-Erklärung für die Sprachgruppenzugehörigkeit zugelassen werden.

Die Abgeordnete spricht sich sodann gegen die Erhöhung des Schwellenwertes von 13.000 auf 15.000 Einwohnern für die Unterscheidung zwischen großen und kleinen Gemeinden aus und weist auf die Unklarheit des Textes hinsichtlich der Trennung zwischen politischen und verwaltungsmäßigen Funktionen hin.

Die Abgeordnete spricht sich auch gegen die indirekte Ankoppelung der Aufwandsentschädigungen der Bürgermeister und Verwalter an die

Entschädigungen der Regionalratsabgeordneten sowie gegen die Übertragung dieser Zuständigkeit an die Landesregierungen aus.

Frau Abg. Kury weist auf die Notwendigkeit hin, den Art. 53 zu streichen, da er eine neue Delegierung der Befugnisse von der Region auf die beiden Provinzen vorsieht und somit eine Hürde für die Genehmigung des gesamten Gesetzentwurfes darstellt.

Abg. Urzì äußert im Namen seiner Fraktion seine Enttäuschung in Hinsicht auf den gesamten Aufbau des Gesetzentwurfes und spricht sich insbesondere dagegen aus, dass auch in den kleineren Gemeinden die Amtsentschädigungen der Bürgermeister von der Landesregierung festgesetzt werden, weil sich das in Südtirol in eine indirekte Finanzierung der Partei, die die absolute Mehrheit innehat, auswirkt.

Zu Art. 30 betreffend die Gleichberechtigung von Frauen und Männern beim Zugang zu Wahlämtern hebt Abg. Urzì hervor, dass diese Bestimmung ein Hindernis für die italienischen Parteien darstellen könnte, weil es oft schwierig ist, Kandidaten beider Geschlechter ausfindig zu machen.

Abg. Urzì erhofft sich schließlich einen größeren Schutz der Rechte der italienischen Gemeinschaft in Südtirol. Dadurch könne eine effektive politische Vielfalt innerhalb der Gemeinderäte gewährleistet werden.

Auf die Bemerkungen des Abg. Urzì repliziert der Assessor, welcher sich verpflichtet, entsprechende Formen und Modalitäten zu finden, um eine angemessene Beteiligung der italienischen Sprachgruppe in den Gemeindeorganen zu sichern.

Abg. Mosconi bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass den Gemeinderäten größere Entscheidungsmöglichkeiten zuerkannt werden, so wie dies in der institutionellen Reform von 2001 vorgesehen worden ist.

Der Übergang zur Sachdebatte wird sodann zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich von den Kommissionsmitgliedern mit der Enthaltung des Abg. Urzì genehmigt.

Im Laufe der Artikeldebatte werden einige Änderungsanträge genehmigt, darunter auch jener der Abg. Lamprecht und Ladurner, welcher vorsieht, dass die Bestimmungen betreffend die Gleichberechtigung von Frauen und Männern von der Satzung festgeschrieben werden sollen und dass eine angemessene Vertretung beider Geschlechter in den Ausschüssen und Kollegialorganen der Gemeinde gewährleistet sein muss.

Der von Abg. Lamprecht eingebrachte Änderungsantrag, der die in der Satzung festzuschreibende Mitbeteiligung von Jugendlichen an der Gemeindepolitik vorsieht, wird einstimmig genehmigt.

Die Abg. Kury und Urzì bringen zwei Änderungsanträge mit gleichem Wortlaut ein, die von der Kommission ablehnt werden und darauf abzielen, die für die Zuweisung von Strukturen und Ressourcen für die Tätigkeit der Gemeinderäte erforderliche Schwelle von 15.000 Einwohnern auf 13.000 Einwohnern zu reduzieren. Sie erklären, dass man damit dem Willen der Mehrheit entgegenzutreten will, die in der Gemeinde Bruneck, die seit kurzem die 13.000 Einwohner überschritten hat, das gleiche Wahlsystem beibehalten möchte.

Die Kommission genehmigt einstimmig einen von Frau Abg. Kury eingebrachten Änderungsantrag zu Art. 4, der dem Gemeinderat auch die

Zuständigkeit zuerkennt, über Leitbilder, Bereichspläne und Planungsdokumente zu entscheiden.

Dem Abg. Urzi, der einen Änderungsantrag zur Einführung eines Art. 14 bis über die Ordnung der Rechnungsprüfer eingebracht hatte, erklärt der Assessor, dass er dieses Thema bis zur Debatte im Regionalrat überprüfen wird.

In Bezug auf Art. 16 entfacht sich eine Debatte darüber, ob es zweckmäßig sei, die Durchführung von Volksabstimmungen in den Gemeinden zu erleichtern. Schließlich wird eine Reduzierung der für die Einleitung der Volksabstimmung erforderlichen Unterschriften vorgesehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Gesetzentwurfes ist der Art. 30, der die so genannte „Frauenquote“ regelt.

Diesbezüglich genehmigt die Kommission nach einer ausführlichen Debatte einen Ersatzantrag, der vom Abg. Lamprecht eingebracht worden ist und darauf abzielt, dass in jeder Kandidatenliste keines der beiden Geschlechter mit mehr als zwei Dritteln der Höchstzahl der Kandidaten, die einer Liste zusteht, vertreten sein darf.

Abg. Kury ist der Überzeugung, dass dieser Artikel eine Verschlechterung gegenüber der auf gesamtstaatlicher Ebene geltenden Bestimmung über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern beim Zugang zu den Wahlämtern darstellt.

Bei Art. 44 wird einstimmig ein Änderungsantrag genehmigt, womit in den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von über 13.000 Einwohnern, in denen mehrere Sprachgruppen im Gemeinderat sitzen, der Vizebürgermeister der zahlenmäßig stärksten Sprachgruppe, die nicht jene des Bürgermeisters sein darf, angehören muss.

Die Abg. Kury und Urzi schlagen die Streichung der Artikel 53 bis 58 vor, da es sich hier um eine „Delegierung“ von Zuständigkeiten an die beiden Provinzen handelt, die die Körperschaft Region noch mehr ausgehöhlt.

Im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen erklären die Abg. Kury und Urzi, dass sie gegen diesen Gesetzentwurf stimmen werden und kündigen die Vorlegung eines Minderheitenberichtes an.

Vorsitzender Pardeller, die Abg. Turella, Parolari, Ghirardini, Lamprecht und Assessor Amistadi heben die Tatsache hervor, dass die Kommission gut und konstruktiv gearbeitet hat, so dass der schon seit 8 Jahren von den Gemeinden erwartete Gesetzentwurf endlich genehmigt werden konnte. Der Gesetzentwurf kann jetzt im Regionalrat behandelt werden, wo allfällige weitere Verbesserungen vorgenommen werden können.

In der Endabstimmung ist der Gesetzentwurf mit 7 Jastimmen (Abg. Pardeller, Ghirardini, Ladurner, Lamprecht, Pahl, Parolari und Turella) und 2 Gegenstimmen (Abg. Kury und Urzi) gutgeheißen worden.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

RELAZIONE

La I^a Commissione legislativa ha esaminato, nelle sedute del 6 luglio e 7 e 17 settembre 2004 il disegno di legge n. 10 dal titolo “Riforma dell’ordinamento delle autonomie locali” (presentato dalla Giunta regionale) in discussione

congiunta con il disegno di legge n. 6: “Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 “Elezioni dirette del sindaco e modifica del sistema di elezione dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1” e modifiche alla legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni” (presentato dai Consiglieri regionali Pöder e Klotz).

Il giorno 16 luglio è stata svolta un’audizione con i rappresentanti del Consiglio dei Comuni della Provincia di Bolzano, del Consorzio dei Comuni della Provincia di Trento e delle rappresentanze sindacali del personale e dei segretari comunali.

L’assessore competente Amistadi, nell’illustrare il provvedimento, spiega che esso si basa su un disegno di legge predisposto nella scorsa legislatura dalla Giunta regionale, opportunamente integrato ed aggiornato in collaborazione con le parti istituzionali e sindacali interessate.

Il disegno di legge ha l’obiettivo di accrescere le competenze del consiglio comunale sminuite dalla precedente riforma, senza però appesantire l’efficacia dell’azione amministrativa.

Viene innovata la disciplina che regola l’indennità dei sindaci e degli amministratori anche dei comuni più piccoli, ponendola in capo alle due Giunte provinciali; inoltre si prevede che sia la legge provinciale a regolare l’ordinamento dei segretari comunali.

L’assessore rende noto che il disegno di legge lascia ai comuni con popolazione inferiore ai 10.000 abitanti, che sono quelli in cui non sussiste garanzia di struttura amministrativa, la possibilità di scelta per mezzo dello statuto se attuare o meno il principio di separazione fra politica ed amministrazione.

Un ulteriore punto caratterizzante del provvedimento è rappresentato dall’introduzione delle cosiddette “quote rosa”, per cui una lista per l’elezione dei consiglieri comunali non può avere più del 75% di candidati dello stesso sesso.

Inoltre il disegno di legge facilita la raccolta delle firme per l’indizione del referendum e toglie, per la sola Provincia di Trento, la possibilità di apporre il voto disgiunto fra la lista ed il candidato sindaco.

In sede di discussione generale, la cons. Kury nel suo intervento chiede che venga inserito in modo esplicito il diritto del cittadino europeo di partecipare alle elezioni comunali e che venga estesa alla Provincia autonoma di Bolzano la riforma statutaria in tema di diritto elettorale attivo che è stata introdotta recentemente nella Provincia di Trento, nonché la possibilità di rendere una dichiarazione di appartenenza ad hoc ad un gruppo linguistico in occasione della presentazione delle liste dei candidati alle elezioni comunali.

La consigliera inoltre si dice contraria all’innalzamento da 13.000 a 15.000 abitanti della soglia di separazione tra grandi e piccoli comuni e sottolinea la non chiarezza del testo relativamente al principio di separazione dei poteri politici da quelli amministrativi.

La consigliera si dice contraria al fatto che le indennità di carica dei sindaci e degli amministratori vengano agganciate indirettamente a quelle dei consiglieri regionali e che la loro disciplina venga affidata in capo alle due Giunte provinciali.

La cons. Kury afferma infine la necessità di stralciare l'art. 53, poiché esso rappresenta una nuova delega di competenze regionali alle due Province e si pone come un ostacolo all'approvazione dell'intero disegno di legge.

Il cons. Urzì esprime l'insoddisfazione del suo gruppo per l'impianto generale del disegno di legge, dichiara in particolare contrarietà per il riconoscimento di un'indennità anche agli assessori dei comuni minori determinata dalla Giunta provinciale, poiché in Alto Adige ciò si traduce in un autofinanziamento indiretto per il partito di maggioranza assoluta.

Il cons. Urzì si sofferma inoltre sull'art. 30, riguardante la parità di accesso fra donne e uomini alle cariche elettive, che può rappresentare un impedimento per i partiti di lingua italiana a causa dell'impossibilità di reperire candidati di entrambi i sessi.

Il cons. Urzì auspica infine una maggiore tutela dei diritti della comunità italiana dell'Alto Adige per garantire un reale pluralismo politico all'interno dei consigli comunali.

Le osservazioni del cons. Urzì trovano risposta da parte dell'assessore, che si impegna a trovare i modi e le forme per permettere una più adeguata partecipazione del gruppo linguistico italiano alla vita politica comunale.

Il cons. Mosconi auspica che ai consigli comunali venga riconosciuta una più ampia capacità decisionale, in sintonia con la riforma istituzionale del 2001.

Posto in votazione, il passaggio alla discussione articolata del disegno di legge in esame ottiene i voti favorevoli della Commissione con l'astensione del cons. Urzì.

Nel corso dell'esame dell'articolato, la Commissione accoglie alcuni emendamenti, fra i quali quello presentato dai cons. Lamprecht e Ladurner che vuole demandare allo statuto la previsione di norme capaci di garantire condizioni di pari opportunità tra uomo e donna e un'adeguata presenza di entrambi i sessi nelle giunte e negli organi collegiali del comune.

Consenso unanime ottiene un emendamento di cui risulta primo firmatario il cons. Lamprecht volto a prevedere nello statuto comunale forme di partecipazione dei giovani alla politica comunale.

I cons. Kury e Urzì presentano due emendamenti dello stesso tenore, non approvati, per abbassare a 13.000 la soglia di 15.000 abitanti prevista per dotare i consigli comunali di strutture e risorse apposite per il funzionamento dei consigli poiché, a loro avviso, esso trova la sua vera ragione nella volontà della maggioranza di non voler mutare il sistema elettorale del comune di Brunico, che da poco ha superato i 13.000 abitanti.

La Commissione approva all'unanimità un emendamento all'art. 4 a firma della cons. Kury tendente ad assegnare al consiglio comunale la possibilità di

deliberare in materia di piani strategici, di settore e di documenti di programmazione.

L'assessore rimanda alla discussione dell'aula la regolamentazione dei revisori dei conti prevista nell'emendamento presentato dal cons. Urzì sotto forma di art. 14 bis.

In riferimento all'art. 16 si instaura un dibattito sull'opportunità di rendere più agevole l'utilizzo dello strumento del referendum comunale, arrivando alla riduzione del numero delle firme necessarie per la sua indizione.

Un ulteriore punto importante del disegno di legge è rappresentato dall'art. 30, che regolamenta le cosiddette "quote rosa".

A questo proposito la Commissione approva dopo un'approfondita discussione un emendamento sostitutivo, di cui risulta primo firmatario il cons. Lamprecht, volto a far sì che in ciascuna lista di candidati nessuno dei due generi possa essere rappresentato in misura superiore ai due terzi del numero massimo di candidati spettanti alla medesima lista.

Per la cons. Kury tale articolo è peggiorativo rispetto alla normativa nazionale in tema di parità di accesso alle cariche elettive.

All'art. 44 viene approvato all'unanimità un emendamento per cui nei comuni con popolazione superiore a 13.000 abitanti della provincia di Bolzano, nel cui consiglio comunale sono presenti più gruppi linguistici, il vicesindaco deve appartenere al gruppo linguistico maggiore per consistenza escluso quello cui appartiene il sindaco.

I conss. Kury e Urzì propongono di stralciare gli articoli dal 53 al 58, poiché a loro avviso essi si sostanziano in vere e proprie "deleghe" di funzioni alle due Province, provocando un ulteriore impoverimento della Regione.

In sede di dichiarazione di voto, i conss. Kury ed Urzì annunciano rispettivamente il loro voto contrario e di voler presentare una relazione di minoranza.

Il Presidente Pardeller, i conss. Turella, Parolari, Ghirardini, Lamprecht e l'assessore Amistadi sottolineano positivamente il fatto che il buon clima dei lavori in Commissione abbia permesso di licenziare un disegno di legge atteso dalle amministrazioni comunali da oltre otto anni e che potrà essere oggetto di ulteriori apporti nell'esame in aula.

Posto in votazione finale, il disegno di legge risulta approvato con 7 voti favorevoli (conss. Pardeller, Ghirardini, Ladurner, Lamprecht, Pahl, Parolari e Turella) e 2 voti contrari (conss. Kury e Urzì).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRÄSIDENT: Danke! Zum Gesetzentwurf Nr. 10 haben die Abg. Frau Kury und der Abg. Kollege Urzì einen Minderheitenbericht vorgelegt.

Ich bitte die Abg. Kury um die Verlesung ihres Berichtes.

KURY:

Minderheitenbericht zum Gesetzentwurf Nr. 10/ 2004:
Reform der Ordnung der örtlichen Autonomien

Es sei vorausgeschickt, dass die Unterzeichnerin immer dafür eingetreten ist, dass die Reform des Gemeindewahlgesetzes und der Gemeindeordnung rechtzeitig für die nächsten Gemeinderatswahlen verabschiedet wird. Dennoch konnte sie dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen, da er gravierende Mängel beinhaltet, die im folgenden einzeln erläutert werden.

Der Gesetzentwurf berücksichtigt die Neuerungen der Verfassungsreform zu wenig

Der Gesetzentwurf besteht aus vier Kapiteln. Bei Kapitel eins (Gemeindeordnung) und Kapitel zwei (Gemeindewahlgesetz) handelt es sich großteils um denselben Text, der bereits in der letzten Legislatur zur Diskussion vorlag. Diesen beiden Kapiteln wurde unorganisch ein drittes Kapitel (Gemeindesekretäre) und ein viertes angefügt, das den nicht verabschiedeten Teil des Gesetzentwurfes zur Delegation von Verwaltungsbefugnissen von der Region auf die Provinzen beinhaltet.

Daraus ist ersichtlich, dass es sich zum allergrößten Teil um bereits in der letzten Legislatur aufliegende und auch diskutierte Vorschläge handelt. In der Zwischenzeit ist allerdings die italienische Verfassung reformiert worden. Wichtige Neuerungen, wie zum Beispiel die Aufwertung der Gemeinden (Artikel 114 folgende - Verfassung) und die Förderung des paritätischen Zugangs der Frauen zu den Wahlämtern (Artikel 117, Abs. 7 - Verfassung) sind im Gesetzentwurf zu wenig berücksichtigt.

Einwände zu Kapitel 1: Gemeindeordnung

1. Aufwertung des Gemeinderates

Die Reform der Gemeindeordnung (Regionalgesetz 1/93) hat den Gemeinderat vieler wichtiger Kompetenzen beraubt. Die Kommissionsmitglieder waren sich einig, dass der Gemeinderat aufgewertet werden soll, um Bürger zur Mitsprache zu motivieren. Konkretisiert hat sich dies im Artikel 5, der vorsieht, dass Vorprojekte einer gewissen Größenordnung wiederum vom Gemeinderat zu verabschieden sind. Positiv ist auch die Tatsache, dass die Kommission einem Änderungsantrag der Unterfertigten zustimmte, der definiert, dass „die Leitbilder, die programmatischen Dokumente und die Fachpläne“ dem Gemeinderat vorbehalten sind. Unverständlicherweise lehnte die Kommission den Vorschlag ab, dass die Gutachten zu Landesfachplänen vom Gemeinderat abzugeben sind.

Nicht zufriedenstellend ist die Regelung der Auslagerung von Gemeindediensten. Hier handelt es sich um äußerst wichtige Entscheidungen. Um die Lenkungsfunktion durch die öffentliche Hand zu garantieren, wäre es notwendig, die Genehmigung der Dienstverträge, mit denen Qualitätskriterien

und Kontrollmechanismen vorgesehen sind, dem Gemeinderat vorzubehalten. Unverständlicherweise lehnte die Kommission dies ab.

2. Amtsentschädigung der Gemeindeverwalter

Mit Artikel 14 soll die Amtsentschädigung der Gemeindeverwalter neu geregelt werden. Angesichts der lebhaften Diskussion der Öffentlichkeit über Politikergehälter und Politikerprivilegien sollte es unser Bemühen sein, in diesem Bereich größtmögliche Transparenz walten zu lassen. Der vorgeschlagene Modus, der die Festsetzung der Entschädigungen an die beiden Landesregierungen delegiert, entspricht dem nicht. Dies vor allem deshalb, weil die Kriterien vage und äußerst weitmaschig sind und damit der Ermessensspielraum der Landesregierung sehr groß ist. (siehe dazu auch Abs. 3, Punkt c: das Verhältnis der Entschädigung zwischen Bürgermeister und Vize bzw. Assessor kann von 20 % bis zu 80% gehen). Weiters garantiert dieser Modus nicht, dass Gemeindeverwalter in der gleichen Situation und mit derselben Verantwortung auf regionaler Ebene einheitlich behandelt werden. Abzulehnen ist auch die indirekte Ankoppelung der Entschädigungen der Gemeindeverwalter an die der Landtagsabgeordneten. Dies vor allem deshalb, weil die Unterfertigte sich immer gegen die Ankoppelung der Landtagsabgeordnetengehälter an die der römischen Parlamentarier ausgesprochen hat. Wenn nun auch die Entschädigungen der Gemeindeverwalter – wenn auch indirekt – an die der Landtagsabgeordneten angekoppelt werden, perfektioniert man den *circulus vitiosus* des undurchsichtigen Mechanismus der regelmäßigen Erhöhung der Gehälter, für die niemand die Verantwortung übernehmen muss.

Die Unterfertigte hat sich deshalb um einen Lösungsansatz bemüht, der die oben beschriebenen negativen Auswirkungen vermeidet. Es geht darum, im Regionalgesetz möglichst klare Kriterien zu definieren, damit die Umsetzung keines dritten Gremiums (Landesregierung) bedarf. Ausgehend von der Entschädigung des Bürgermeisters der Hauptstadt werden die Entschädigungen der restlichen Gemeindeverwalter prozentuell festgesetzt (siehe Änderungsantrag). Dabei wird auch klar definiert, dass die Entschädigung der Landtagsabgeordneten ausschließlich als Bezugsgröße zur ersten Festsetzung der Entschädigungen der Gemeindeverwalter gilt. Diese sollen dann jährlich um die prozentuelle Veränderung des amtlichen Lebenshaltungskostenindex erhöht werden.

Eine weitere Frage, die ungelöst ist: können verschiedene Entschädigungen für gleichzeitig ausgeübte Ämter kumuliert werden, und wenn ja, in welchem Ausmaß? Der Vorschlag überlässt die Antwort den beiden Landesregierungen (Abs. 3, Buchstabe g). Die Unterfertigte ist der Meinung, dass diese wichtige Frage vom Regionalgesetzgeber beantwortet werden soll und schlägt vor, dass die Gesamtsumme nicht mehr als die höchste Einzelentschädigung multipliziert mit dem Koeffizienten 1,25 ausmachen darf.

3. Volksabstimmung

Im Artikel 16 (Volksabstimmung) wird der bisherige Art. 50 des RG 1/93 (Volksbefragung) neu geschrieben.

In den 10 Jahren seit der Einführung der neuen Gemeindeordnung hat man Erfahrungen sammeln können und die Schwachstellen bisheriger Regelungen erkennen können. Wo haben diese Schwachstellen gelegen, wenn man davon ausgeht, dass diese Art der Bürgerbeteiligung etwas Wünschenswertes ist, weil sie basisdemokratisch ist, die Entscheidungen sachbezogen getroffen werden und die Politikverdrossenheit der Bürger eindämmt?

Beantragungsquorum: Die Anzahl der erforderlichen Unterschriften, um ein Gemeindereferendum zu beantragen, ist von entscheidender Bedeutung. Einerseits soll nicht jede Großfamilie jederzeit ein Referendum einleiten können, andererseits kann eine zu hohe Anzahl zu einer Hürde werden, die die Einleitung eines Referendums praktisch verunmöglicht. Es ist begrüßenswert, dass die Kommission dem Antrag der Unterfertigten zugestimmt hat, die vorgeschlagenen 15% der notwendigen Unterschriften der Wahlberechtigten auf 10 % herabzusetzen. Allerdings haben Erfahrungen (auch in anderen Staaten) gezeigt, dass in Großgemeinden es schwierig ist, diese Anzahl zu erreichen, während dies in kleineren Gemeinden möglich ist.

Abstimmungsberechtigte: Das Wahlrecht in den Gemeinden der Region wird den volljährigen Bürgern eines Mitgliedsstaates der EU vorbehalten. In einigen Staaten ist man seit kurzem darangegangen, das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen und das Gemeinde-Wahlrecht auf alle ansässigen Bürger unabhängig von ihrer Staatszugehörigkeit auszudehnen. Es spricht vieles dafür, eine solche Ausweitung der „Wahlberechtigten“ zumindest bei den Gemeindereferenden vorzunehmen, da bei diesen sachbezogenen Volksabstimmungen möglichst alle direkt Betroffenen, also alle Ansässigen in einem entscheidungsfähigem Alter beteiligt sein sollten.

Unterschriftsbeglaubigung: Die Einleitung eines Referendums kann de facto auch erschwert werden, wenn für die Beglaubigung der Beantragungsunterschriften bürokratische Hürden aufgebaut werden. Die Unterschriftsleistung sollte möglichst formlos sein, aber jedenfalls sollte die Beglaubigung der Unterschriften nicht einschränkender sein, als jene, wie sie im Gemeindewahlgesetz für die Einreichung der Kandidatenlisten vorgesehen ist. Unverständlicherweise ist ein diesbezüglicher Vorschlag der Unterfertigten in der Kommission abgelehnt worden.

Beteiligungsquorum: Auf den ersten Blick scheint die Regelung, dass ein Referendum nur gültig ist, wenn sich mindestens die Hälfte der Abstimmungsberechtigten daran beteiligt hat, eine vernünftige Sache zu sein. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass diese Regelung eine geheime Wahl in ihr Gegenteil verkehren kann: Wenn nämlich eine Seite das Referendum insofern „gewinnen“ will, indem sie zur Nichtbeteiligung aufruft um das

Beteiligungsquorum nicht zu erreichen, dann wird das Abstimmungsverhalten offen kontrollierbar und – besonders in kleinen Dorfgemeinschaften – dem sozialen und persönlichen Druck ausgesetzt. Ein etwaiges Beteiligungsquorum darf also nicht zu dieser Strategie verleiten und deshalb nicht über 30% der Abstimmungsberechtigten liegen.

Einwände zu Kapitel 2: Wahl der Gemeindeorgane

1. Das Wahlsystem für große und kleine Gemeinden darf nicht willkürlich und nach parteipolitischer Opportunität verändert werden

Der Vorschlag der SVP, das Wahlsystem für kleine Gemeinden, die bisher bei 13.000 Einwohner liegt, auf Gemeinden bis zu 15.000 Einwohnern auszudehnen, hat zu heftigen Diskussionen geführt. Dies deshalb, weil es dafür einen vordergründigen Anlassfall gibt: die Gemeinde Bruneck hat bei der letzten Volkszählung die Grenze der 13.000 Einwohner überschritten. Da die SVP es offensichtlich für parteipolitisch opportuner hält, dass weiterhin das Wahlsystem für kleine Gemeinden für die Gemeinde Bruneck zur Anwendung kommt, versucht sie kurzerhand die gesetzlichen Bestimmungen zu ändern. Diese Art, die Gesetze für die eigenen Bedürfnisse zurechtzubiegen, ist strikt abzulehnen. Zwar hat die SVP nach unserem heftigen Protest nun zugestimmt, dass ein Teil der „alten“ Regelung für große Gemeinden nun auch auf Bruneck zur Geltung kommt. Es handelt sich dabei um die Garantie, dass der Vizebürgermeister der anderen Sprachgruppe angehören muss als der Bürgermeister. Allerdings ist auch diese Lösung nicht zufrieden stellend: die Regeln der Wahlen sollten von Einzelsituationen abstrahieren und organisch konzipiert werden. Dieses Prinzip ist hier eindeutig unterlaufen.

2. Das passive Wahlrecht wird in Südtirol unzulässig eingeschränkt, und zwar 1. durch die Verpflichtung der 4 jährigen Ansässigkeit, die im Autonomiestatut nicht vorgesehen ist, und zweitens durch die Verpflichtung, die für 10 Jahre gültige Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung bei der Kandidatur vorzulegen.

Das Autonomiestatut sieht für die Ausübung des aktiven Wahlrechts (Artikel 25 und Artikel 63 für die örtlichen Körperschaften) die vierjährige Ansässigkeit vor. Eine Novellierung dieser – nun anachronistischen – Norm wäre dringend angebracht. Da in der heutigen Zeit keine Gefahr besteht, dass das Verhältnis der Sprachgruppenstärke künstlich verändert wird, sollte es unser Bemühen sein, möglichst viele Bürger an demokratischen Entscheidungen mitwirken zu lassen.

Für die Ausübung des passiven Wahlrechtes sieht das Autonomiestatut keine Beschränkungen vor. Das Gemeindewahlgesetz, das momentan eine vierjährige Ansässigkeit vorsieht, sollte deshalb dem Autonomiestatut angepasst werden, indem diese anachronistische

Beschränkung aufgehoben wird. Weiters sollten – wie im Trentino – auch Staatsbürger aus dem restlichen Staatsgebiet kandidieren dürfen.

Auch sollte das mit Legislativdekret 197/1996 eingeführte Wahlrecht der EU-Bürger ins Regionalgesetz 5/1956 aufgenommen werden, damit der Leser des von Artikel 62 vorgesehenen Einheitstextes diese Bestimmung auch vorfindet.

Auf jeden Fall zu ändern ist die bisherige Regelung, die vorsieht, dass in der Provinz Bozen der Erklärung über die Annahme der Kandidatur auch die Bescheinigung über die Sprachgruppenzugehörigkeit oder über die Sprachgruppenangliederung beigelegt werden muss (Art. 21 RG 3/94), sowie die Bestimmung, dass bei Fehlen dieser Bescheinigung die Kandidatur von der Bezirkswahlkommission zurückzuweisen ist (Art. 22 RG 3/94). Diese Regelung führt nämlich dazu, dass wahlberechtigte Bürger, die bei der letzten Volkszählung die Sprachgruppenerklärung nicht gemacht haben, eines grundlegenden Bürgerrechts, nämlich des passiven Wahlrechts beraubt werden, auch wenn sie anlässlich der Kandidaturannahme ihre Sprachgruppenzuordnung erklären. Diese absurde Regelung hat schon vor 10 Jahren zur peinlichen Situation geführt, dass Alexander Langer, der problemlos zum Europaabgeordneten gewählt werden konnte, in seiner Heimatstadt nicht für den Gemeinderat kandidieren durfte. Der Kassationsgerichtshof hat im Urteil Nr. 11048/99 in der Sache Ivan Beltramba (es ging um die Wählbarkeit für den Regionalrat) eindeutig Stellung bezogen:

“Ma l’argomento decisivo – per ammettere la candidabilità a consigliere regionale della Regione T.-A.A. dei cittadini residenti nella Provincia di Bolzano, i quali non abbiano reso la predetta dichiarazione in sede di censimento (ovvero, successivamente, nei casi consentiti dalla legge) - è di ordine costituzionale e sistematico. E' noto, infatti, che, secondo il costante orientamento della Corte costituzionale (cfr., e *pluribus*, sentt. nn. 235 del 1988 e 539 del 1990), il (c.d.) diritto di elettorato passivo è diritto politico fondamentale, che l’art. 51 comma 1 Cost. riconosce e garantisce con i caratteri dell’inviolabilità; sicché, trattandosi di diritto intangibile nel suo contenuto di valore, esso può essere disciplinato unicamente da leggi generali, le quali possono limitarlo al fine di realizzare altri interessi costituzionali del pari fondamentali e generali, senza porre discriminazioni sostanziali fra cittadino e cittadino, qualunque sia la regione e il luogo di appartenenza.

Da ciò discende che le ipotesi, nelle quali il predetto diritto può essere limitato, debbono essere costituzionalmente fondate e considerarsi eccezionali e tassative, ed inoltre che le disposizioni che le prevedono sono di ‘stretta interpretazione’.

Con riferimento al caso in specie, l’art. 21 comma 3 n. 4) della legge reg. n. 7 del 1983, in relazione al precedente art. 19 comma 6, prescrive, tra l’altro, che l’ufficio centrale circoscrizionale ‘cancella dalle liste i nomi dei candidati per i quali non è stata presentata la prescritta accettazione della

candidatura, con la contestuale dichiarazione di appartenenza ad un gruppo linguistico relativamente ai candidati del collegio provinciale di Bolzano'. Affermare – come fa la Corte trentina – che l'omissione della dichiarazione di appartenenza od aggregazione in sede di censimento rende *tamquam non esset* quella resa contestualmente alla dichiarazione di accettazione della candidatura, vuol dire anche, e soprattutto, vanificare i principi costituzionali ora ricordati ed introdurre una limitazione al diritto di elettorato passivo che non trova fondamento né nello Statuto speciale, né nelle norme di attuazione dettate dal d.lgs. n. 253 del 1991, né nella legge elettorale regionale."

Dem ist nichts hinzuzufügen. Das Wahlgesetz muss also auch die Möglichkeit einer so genannten ad hoc Erklärung zulassen, will es nicht offenkundig verfassungswidrig sein.

3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern beim Zugang zu Wahlämtern

Wie bereits angedeutet, ist in den letzten Jahren die Verfassung mehrmals abgeändert worden. Der im Jahre 2001 reformierte Artikel 117, Abs. 7, besagt: „Le leggi regionali rimuovono ogni ostacolo che impedisce la piena parità degli uomini e delle donne nella vita sociale, culturale ed economica e promuovono la parità di accesso tra donne e uomini alle cariche elettive.“ Und der 2003 reformierte Artikel 51 besagt: “Tutti i cittadini dell'uno o dell'altro sesso possono accedere agli uffici pubblici e alle cariche elettive in condizioni di eguaglianza, secondo i requisiti stabiliti dalla legge. A tal fine la Repubblica promuove con appositi provvedimenti le pari opportunità tra donne e uomini“. Diesem Prinzip ist in der Gesetzgebung nun Rechnung zu tragen. Der vorliegende Vorschlag (Art. 30), dass auf „jeder Kandidatenliste keines der beiden Geschlechter mit mehr als Zweidrittel der Höchstzahl der Kandidaten vertreten sein darf“, klingt auf den ersten Blick gut, erweist sich allerdings bei genauerem Hinsehen vor allem für Südtirol als Etikettenschwindel: die Kandidatenlisten in Südtirol können bis zu eineinhalb mal so viele Namen enthalten als Gemeinderatssitze vorgesehen sind. Auf diese Höchstzahl der Kandidaten ist die so genannte Frauenquote von einem Drittel ausgelegt. Man braucht nur weniger Kandidaten auf die Liste setzen als theoretisch möglich ist und schon reduzieren sich die nötigen weiblichen Kandidatinnen bis hin zur Möglichkeit nur eine Kandidatin aufzustellen. Beispiel: In Meran besteht der Gemeinderat aus 40 Sitzen. Die Kandidatenliste bietet 60 Kandidaten Platz (eineinhalb mal die Anzahl der Gemeinderatsitze). Bei Ausnützung der vollen Anzahl der Kandidatenliste müssten laut Gesetzes-Vorschlag 40 Männer und 20 Frauen kandidieren. Allerdings besteht die Möglichkeit, auch nur 40 Männer zu präsentieren, und alle weiteren Plätze leer zu lassen. Nun braucht es nur mehr EINE Kandidatin (Artikel 30, Absatz 1), damit die Liste nicht monosexuell ist, und schon ist man mit dem Gesetz in Ordnung.

Eine solche Regelung wäre wirklich ein starkes Stück, weil dann in der praktischen Umsetzung sage und schreibe auch nur eine einzige Frau - sozusagen als Feigenblatt - auf der Kandidatenliste ausreichen würde.

Anlässlich der Wahl zum Europaparlament im Jahre 2004 hat der nationale Gesetzgeber im Gesetz Nr. 90 vom 8.4. 2004 folgende Norm verabschiedet: „Nell’insieme delle liste ...nessuno dei due sessi può essere rappresentato in misura superiore ai due terzi dei candidati..” Hier bezieht man sich auf die effektive Anzahl der Kandidaten auf einer Liste und nicht auf die theoretisch mögliche. Eine ähnliche Regelung ist das Mindestmaß, das unsere Region anzuwenden hat, um dem Verfassungsauftrag einigermaßen nachzukommen.

Einwände zu Kapitel 4: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Wie bereits angedeutet, enthält der 4. Teil des Gesetzentwurfes den im der letzten Legislatur nicht verabschiedeten Abschnitt des Gesetzes, das Verwaltungskompetenzen der Region an die Länder delegiert. Angesichts der Tatsache, dass dieses Gesetz politisch sehr umstritten war und seine Verabschiedung im Regionalrat einen langen Zeitraum in Anspruch genommen hat, erscheint es der Unterfertigten opportun, diesen Teil aus dem bereits umfangreichen Gesetzentwurf auszuklammern und – wenn schon – in einen separaten Gesetzentwurf umzuwandeln. Dies vor allem deshalb, um eine rechtzeitige Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfes zu ermöglichen. Auch ist es meines Erachtens sinnvoll, wenn auf politischer Ebene parallel zur Diskussion über die Delegierung der Restkompetenzen von der Region auf die Länder eine Erörterung stattfindet, in welchen Bereichen und nach welchen Regeln die Region politische Aufgaben übernehmen soll. Diese Diskussion ist endlich ernsthaft zu führen.

PRÄSIDENT: Danke, Frau Kollegin.
Kollege Urzì, Ihr Bericht bitte.

URZÌ:

RELAZIONE DI MINORANZA AL DISEGNO DI LEGGE N. 10/2004

Riforma dell’ordinamento delle autonomie locali

Gentilissime colleghe, egregi colleghi,

la più plateale manifestazione della condivisa attesa da parte degli amministratori comunali della regione Trentino Alto Adige di un profondo e non meramente formale intervento sulla complessa materia dell’Ordinamento delle autonomie locali era venuta “dall’occupazione” pacifica dell’aula del Consiglio regionale avvenuta nel corso della passata legislatura.

Nubi dense si erano in quei mesi accumulate lungo la strada che era stata segnata per accogliere il dibattito sulla proposta di riforma avanzata dalla maggioranza e che si proponeva di riformare il complesso quadro delle autonomie locali. Le nubi annunciavano però tempesta: la giunta puntava i piedi su un complesso di passaggi istituzionali, l’opposizione e AN invitavano SVP e Centro sinistra a non interpretare il confronto come prove di forza.

Gli amministratori comunali dal canto loro invitarono a non percorrere la strada della radicalizzazione del confronto ma infine la tempesta si scatenò

egualmente in coincidenza con l'esame della proposta di legge sulle deleghe delle residue funzioni amministrative della Regione alle Province di Trento e Bolzano travolgendo la riforma sui Comuni e con essa. anche tante aspettative.

Con l'inizio della XIII legislatura si è instaurato un positivo confronto fra maggioranza e minoranza in tema di ordinamento dei comuni che ha saputo esprimersi positivamente già in sede di commissione legislativa attraverso un dibattito dal quale hanno saputo uscire anche soluzioni condivise ispirate in più passaggi dalla stessa opposizione.

Ciò per dire che esistono le condizioni generali per affrontare la grande riforma in un clima costruttivo e positivo che si è manifestato nella presentazione di un gran numero di proposte operative da parte dei diversi gruppi politici che hanno in grande parte de-politicizzato il confronto riportandolo sui binari di merito.

Il senso di responsabilità che ispira l'azione politica di Alleanza Nazionale induce però anche a non sottovalutare quegli aspetti della riforma e più in generale del disegno di legge che non possono essere distrattamente superati con una semplice obiezione formale, protocollare.

Riforma e disegno di legge: la distinzione mai come in questo caso è stata tanto pertinente.

Il testo del ddl regionale 10/XIII infatti non può essere considerato strettamente connesso solo con la riscrittura dell'ordinamento dei comuni

Al contrario pressoché l'intero Capo IV del ddl contiene rinvii alla definizione con successiva legge provinciale di interi comparti, procedura che svilisce e marginalizza ulteriormente il ruolo ordinamentale dell'Istituzione regionale. Questa prospettiva non può essere condivisa

Si prefigura in altre parole una sorta di "legge delega" estranea all'ordinamento dei comuni che integra quella già approvata con procedure inusuali e fortemente contestate, attraverso pretestuose votazioni per principi, nel corso della passata legislatura.

Si rinviano alla definizione per leggi provinciali materie non necessariamente connesse a quelle oggetto del titolo stesso del disegno di legge regionale sull'ordinamento dei comuni costituendo un vulnus che sia in termini politici che procedurali non solo è oggetto di radicale contestazione ma deve essere considerato inaccoglibile dal Consiglio e inaccettabile da Alleanza nazionale.

Si ritiene al contrario che una radicale operazione di ristrutturazione della materia ordinamentale relativa ai Comuni debba potere trovare collocazione in un disegno di legge organico che non si configuri come una legge omnibus sulla quale fare montare materie estranee e non solo per aggiornamenti formali ma per sostanziali interventi modificativi.

Addirittura con formule perlomeno sospette si accenna alla possibilità di fare decadere norme (leggi e regolamenti) regionali con semplice approvazione di una legge provinciale. Si tratta di volontà che si scontrano con

la visione complementare delle istituzioni regionale e provinciali che Alleanza nazionale coltiva con generose aspettative.

Si tratta di un ostacolo, quello dell'inserimento nell'ambito del ddl sull'ordinamento dei comuni, di materie sostanzialmente estranee come la delega di funzioni o anche ordinamentali alle Province, che costituisce pregiudizio radicale verso il disegno di legge "omnibus" nel suo complesso. Lo stralcio della parte relativa alle deleghe rimuoverebbe l'obiezione, in questo caso sia sostanziale che formale.

Ciò a premessa del più organico esame del ddl nel suo complesso che riserva comunque obiezioni altrettanto significative che vanno altrettanto significativamente a limitare il giudizio positivo sulla condivisa volontà di raccogliere attraverso il disegno di legge la richiesta di profonda revisione di compiti e funzioni delle strutture burocratiche, dirigenziali, politiche dei Comuni.

In estrema sintesi si cercherà in questa sede di elencare i punti di sostanziale obiezione rispetto alle proposte di riforma avanzate dalla maggioranza fermo restando che la complessità degli argomenti non può esaurirsi in pochi punti (quelli più sotto elencati) e costituirà al contrario l'impianto centrale dell'azione che Alleanza nazionale intenderà esercitare in sede di dibattito consiliare.

Elevazione del limite demografico dai 13.000 ai 15.000 abitanti (Provincia di Bolzano): si tratta di una pioggia di modifiche introdotte in diversi articoli del ddl (fra i quali merita la citazione l'art. 44) che modificano la volontà del legislatore che nel passato aveva determinato il limite demografico dei 13.000 abitanti (per la provincia di Bolzano) nella consapevolezza che oltre esso fossero compresi solo i comuni di Bolzano, Merano, Bressanone e Laives (escludendo tutti gli altri). Ai primi vennero riconosciute regole, status e diritti connessi (per quanto attiene le forme organizzative dei gruppi consiliari, le regole elettorali, il godimento di benefit e di trattamenti speciali a tutela di particolari equilibri, etnico-linguistici compresi).

La maturazione da parte del Comune di Brunico già dai 2001 del titolo a godere delle medesime condizioni riconosciute ai grossi comuni altoatesini e la prossima, futura, maturazione dello stesso da parte di Appiano (fra questi diritti anche quelli significativi al sostegno delle attività dei gruppi consiliari comunali, anche di minoranza, il vicesindaco italiano obbligatorio, regole elettorali ad hoc), ha incomprensibilmente (solo in apparenza) indotto la maggioranza a proporre lo spostamento del limite demografico da 13.000 a 15.000 abitanti in modo da sottrarre Brunico dal godimento di tutta questa serie di benefici.

Fra i titoli perduti anche quello ad ottenere da parte del gruppo linguistico italiano il diritto ad ottenere la funzione di vicesindaco (e non il semplice riconoscimento di una presenza in giunta). L'azione di contrasto sostenuta da AN ed altre forze dell'opposizione in Commissione legislativa ha indotto ad una parziale riconsiderazione del limite demografico (lasciato a 13.000 abitanti) perlomeno per quanto attiene il riconoscimento del diritto ad un vicesindaco del gruppo linguistico italiano. AN ha sostenuto questa battaglia di principio a prescindere dai beneficiari probabili e futuri del diritto: potranno

essere espressione di forze politiche avversarie ma saranno l'espressione perlomeno figurata della comunità di lingua italiana nel suo concetto più ampio.

Lo spostamento del limite demografico a 15.000 abitanti per il godimento di tutti gli altri diritti costituirà un vulnus nei riguardi della iniziale volontà del legislatore regionale che non a caso aveva indicato la soglia dei 13.000 abitanti, e inciderà sui diritti della minoranza italiana, limitandoli. Per questa ragione complessivamente negativo è il giudizio di AN in relazione allo spostamento differenziato della soglia demografica da 13.000 a 15.000 abitanti.

Presidente del Consiglio comunale: costituisce indubbiamente motivo di grande soddisfazione l'introduzione in sede di commissione legislativa e su iniziativa di Alleanza nazionale della obbligatorietà della istituzione della funzione di Presidente del Consiglio comunale, quale figura di garanzia, nei comuni sopra i 15.000 abitanti. Sono state introdotte su richiesta di AN anche ulteriori misure di garanzia per l'esercizio completo del potere ispettivo da parte dei consiglieri comunali sull'attività amministrativa della giunta.

Poteri del Consiglio comunale: si ritiene la formulazione dell'articolo ancora fortemente limitante la legittima espressione di una piena volontà politica da parte del Consiglio. Positiva la introduzione in sede di commissione legislativa del diritto attribuito al Consiglio della determinazione delle aliquote relative ai tributi locali.

Astensione dalle deliberazioni: il mancato recepimento dei limiti che sono stati non solo accolti ma dettati in sede nazionale per quanto attiene l'astensione di pubblici amministratori dallo svolgimento di determinate funzioni che possano alludere a collusioni fra potere politico e amministrativo e poteri economici, prefigurando situazioni di autentici interessi privati, costituisce un pregiudizio insanabile riguardo al testo approvato in Commissione legislativa. La mancata costituzione di causa di incompatibilità fra l'esercizio di una funzione professionale di architetto ed urbanista in un dato comune e la funzione di assessore comunale nelle stesse materie e nello stesso comune in cui le attività professionali sono svolte, costituisce motivo di particolare riflessione morale e politica.

Unione di comuni: si tratta della costituzione di una Unione per la gestione congiunta di servizi o funzioni. E' riemerso in questa sede un severo confronto che aveva già animato il Consiglio regionale, paralizzandolo, nel corso della passata legislatura. L'adozione di misure di calcolo della proporzionale linguistica in Unioni di comuni della provincia di Bolzano, dove sia individuata una gestione congiunta di servizi, potrebbe determinare in particolari condizioni cause di profondo nocumento (in termini di rappresentanza) per la minoranza italiana. Hanno la necessità di essere introdotte clausole di garanzia, correttivi o misure atte a garantire una adeguata rappresentanza della minoranza italiana nelle eventuali strutture o negli organici che dovessero essere costituiti per la gestione congiunta di servizi nell'ambito di una unione di comuni.

Consigli di Circoscrizione: si è manifestata la volontà di non solo ampliare i poteri delle Circoscrizioni, oggi eccessivamente limitati, ma anche di

estendere l'introduzione di questi strumenti ad altre città, non solo quelle maggiori.

Indennità di carica per gli amministratori comunali: la delega alle Province di ampi poteri in termini di determinazione di indennità di carica per gli amministratori contrasta con il principio di unitarietà di trattamento su base regionale fortemente evocato da AN. Forti perplessità sono collegate all'attribuzione di una indennità di carica fissa anche agli amministratori dei comuni con meno di 2000 abitanti. Fra le obiezioni sollevate quelle relative alla dubbia giustificazione di tale provvedimento in realtà di modeste dimensioni territoriali e demografiche e, solo per l'Alto Adige, del beneficio diretto e pressoché esclusivo di tale provvedimento da parte di amministratori quasi esclusivamente di un unico partito senza possibilità realistica di una rotazione politica. La corresponsione al partito di quote della indennità di carica si traduce in un indiretto finanziamento allo stesso partito quando è sempre lo stesso a determinare l'ammontare della indennità dalla quale è detratta la somma destinata al finanziamento.

In provincia di Bolzano l'indennità di carica è determinata a maggioranza in Giunta provinciale, quindi ispirata nel suo ammontare dal partito di maggioranza assoluta che poi conta sul territorio la quasi totalità degli amministratori beneficiari. E' lo stesso partito a fissare la percentuale su questa indennità da versare nelle proprie stesse casse. Un cortocircuito discutibile perlomeno da un punto di vista morale.

Referendum popolare: la fissazione al 10% (rispetto al 15% iniziale) del numero di sottoscrizioni in rapporto agli iscritti alle liste elettorali per poter presentare un referendum è eccessiva e mortificante la volontà popolare. La sola raccolta delle firme si traduce in un referendum di per sé anche per le difficoltà implicite che permangono per quanto attiene la autenticazione delle firme. La barriera percentuale ha la necessità di essere ulteriormente ridotta per permettere che il referendum si trasformi in un autentico strumento di democrazia diretta e non sopravviva come sola enunciazione di principio.

Revisori dei conti: le ripetute richieste di Alleanza nazionale di introdurre forme di garanzia a tutela della collegialità in materia di revisione dei conti nei comuni maggiori è andata sinora delusa. La legge in vigore, di cui è richiesta la parziale modifica, permette ai Regolamenti di contabilità di ridurre il numero dei revisori dei conti da tre a uno anche in grosse realtà comunali con evidente distorsione delle finalità della legge che deve essere posta a presidio degli interessi collettivi che il collegio dei revisori è chiamato a rappresentare.

La quota rosa: la parità di accesso alle funzioni politiche e di rappresentanza da parte dei due sessi deve essere considerata come una condizione necessaria per adeguare anche gli organi della politica alla realtà cui fanno riferimento nelle attività che essi esprimono.

La predisposizione di strumenti adeguati a garantire l'accesso alle funzioni politiche da parte di tutti i sessi non può tradursi però in limitazione indotta dei diritti civili all'impegno politico. L'obbligatorietà della rappresentanza di entrambi i generi nelle liste rappresenta più che l'espressione di un diritto la costituzione di un vincolo soprattutto in molti comuni altoatesini. In svariate

realtà comunali minori non si esclude il rischio che liste espressione del gruppo linguistico italiano che già stentano a individuare sul territorio i candidati in numero minimo sufficienti per la loro formazione possano subire limitazioni per la mancata individuazione fra i candidati disponibili quelli del “sesso giusto”.

Un rischio più che potenziale che il legislatore avrebbe la necessità di considerare pena l'esclusione delle “liste italiane” dalla partecipazione democratica al confronto elettorale in molte realtà altoatesine.

L'assessore del gruppo italiano: nei comuni altoatesini vige la disposizione per cui “deve” essere obbligatoriamente chiamato a comporre la giunta comunale un consigliere del gruppo linguistico italiano se tale gruppo abbia espresso almeno due consiglieri. Interpretando una posizione consolidata mantenuta da anni dalla Destra si è proposta la modifica della disposizione di legge attualmente in vigore con la previsione che, in questi casi, sia chiamato a comporre la giunta il consigliere del gruppo italiano nei confronti del quale siano state espresse più preferenze personali.

Considerato l'obbligo della chiamata in giunta sia, in altre parole, almeno previsto l'obbligo della condivisione di responsabilità amministrative da parte di chi gode del consenso degli elettori evitando modeste alchimie politiche che possono generare anche accordi politici svilenti il ruolo di garanzia che l'assessore del gruppo italiano è chiamato al contrario a rappresentare, per Statuto e legge della Regione.

Fra le altre significative obiezioni vanno citate quelle che attengono la forma della riscrittura delle norme che attengono i segretari comunali e la previsione di misure legislative svilenti la natura e l'inquadramento dei dirigenti comunali.

Su questi temi, in particolare il secondo, è necessario raccogliere alcune delle sostanziali richieste di attenzione che sono state avanzate al Consiglio regionale anche in corso di audizioni aperte a tecnici ed esponenti sindacali. Si rimanda per queste ragioni agli atti istruttori (verbali delle audizioni).

Il giudizio complessivo non può che essere viziato dalla numerosa serie di obiezioni che in sede di relazione di minoranza si è inteso solo brevemente indicare, omettendo una serie di ulteriori altre osservazioni di merito che saranno oggetto di approfondimento nell'ambito del dibattito generale e articolato del ddl.

Si auspica non solo il recepimento delle principali misure a tutela e garanzia delle minoranze politiche e linguistiche ma anche il restringimento del disegno di legge al corpo centrale di riforma dell'ordinamento dei comuni sgravandolo da quel complesso reticolo di riforme che prefigurano la volontà di una più ampia azione di delega di funzioni e compiti dalla Regione alle Province e che potrebbe costituire un pregiudizio all'approvazione del disegno di legge nel suo complesso.

La disponibilità ad un confronto di merito e non solo formale mostrata dall'assessore competente che ha seguito con attenzione e cordiale comprensione i rilievi sin qui mossi da Alleanza nazionale e le altre componenti

la minoranza politica deve potere rappresentare l'auspicata premessa a qualificate forme di intesa che in occasione di grandi processi riformatori come quello in atto hanno la necessità di essere il più ampiamente condivisi.

Con questo auspicio si affronta il dibattito con spirito ampiamente propositivo ma esprimendo da subito, non rispetto all'impianto generale quanto in rapporto alle singole previsioni sopra sinteticamente richiamate, parere negativo sul complesso del disegno di legge. Grazie Presidente.

Assume la Presidenza il Presidente Magnani Präsident Magnani übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale.

Ha chiesto di intervenire l'assessore Amistadi. Ne ha facoltà.

AMISTADI: Presidente, colleghi, il disegno di legge è nato in pochi mesi - è il primo di questa Giunta regionale ad arrivare in aula, se si escludono le leggi di bilancio - ma è frutto di un metodo di lavoro ispirato alla partecipazione dei soggetti istituzionali, degli enti locali e delle associazioni che li rappresentano, di un confronto costante con le Province autonome.

La sollecitudine é dovuta a due ragioni fondamentali: la mancata approvazione nella scorsa legislatura di un disegno di legge di "manutenzione" e di riforma dell'ordinamento degli locali e l'approssimarsi della scadenza elettorale del turno generale di rinnovo delle amministrazioni comunali nella prossima primavera, rispetto alla quale più d'una disposizione di questo disegno di legge assume particolare significato (abolizione voto disgiunto, tutela delle differenze di genere). Ma il disegno nel suo complesso dovrebbe mettere le nuove amministrazioni in condizioni di operare al meglio.

Vi sarà modo nell'esame dell'articolato di illustrare uno per uno i 63 articoli che compongono il disegno di legge. In questa prima presentazione vorrei soffermarmi su alcuni punti qualificanti, gli snodi politici della riforma.

Il principio fondamentale è il riconoscimento in capo alle amministrazioni comunali di una potestà statutaria finalmente reale, dopo la stagione deludente dei primi statuti.

Una potestà che consentirà agli enti locali di disciplinare da se stessi aspetti significativi del proprio ordinamento, scegliendo tra più opzioni quella che meglio risponde alla propria realtà locale.

Nell'ultimo decennio le realtà locali sono molto cresciute, le riforme ordinamentali ed elettorali, hanno favorito una maturazione civile e politica delle nostre comunità, facendo emergere amministratori sempre più consapevoli dell'importanza del ruolo degli enti locali e decisi a rivendicare gli ulteriori necessari interventi legislativi.

Certo, sono emersi anche alcuni squilibri, innanzitutto nel bilanciamento dei ruoli tra gli organi. Il deciso rafforzamento - in termini di legittimazione politica e di funzioni di governo - della figura del sindaco ha sacrificato eccessivamente il ruolo e la considerazione del consiglio comunale.

Siamo invece convinti che il comune rappresenta il principale luogo di incontro e confronto pubblico per la nostre comunità locali, ed il consiglio

comunale deve tornare ad essere occasione di discussione ed elaborazione politica.

Attraverso le opportune modifiche allo Statuto comunale gli stessi consiglieri potranno incidere su aspetti primari dell'ordinamento del comune.

Per questa stessa ragione abbiamo previsto che torni al Consiglio la competenza ad approvare i progetti di opere pubbliche al di sopra di un certo importo che cambia a seconda delle dimensioni del comune e che può sempre essere abbassato dallo stesso Consiglio.

Questa previsione, modificabile, ma solo verso il basso, soddisfa l'esigenza di un maggiore protagonismo del Consiglio senza compromettere l'efficienza e la maggiore speditezza dell'azione amministrativa dei comuni.

Con la stessa chiarezza vorrei ribadire l'adesione di questo disegno di legge al principio di separazione della funzione di indirizzo politico dalla funzione di gestione.

Un principio che è espressione del canone del buon andamento dell'amministrazione, codificato dall'articolo 97 della Costituzione della Repubblica, e che deve pertanto trovare applicazione a tutti i livelli istituzionali, tenendo conto delle caratteristiche della struttura di ciascuna amministrazione.

Proprio quest'ultimo aspetto era stato trascurato in occasione della sua prima applicazione. L'introduzione del principio di separazione in termini rigidi e meccanicistici a realtà comunali tra loro profondamente diverse per dimensioni, articolazioni funzionali e modalità organizzative ha prodotto il duplice effetto di tradire il principio e intralciare la prassi.

Questo disegno di legge riconferma il valore della separazione delle funzioni, declinandone la concreta applicazione in base alle reali caratteristiche degli apparati amministrativi dei comuni.

Il principio di separazione per poter essere applicato efficacemente presuppone una struttura amministrativa sufficientemente articolata e complessa, con la presenza di figure di funzionari responsabili di settore cui affidare le competenze gestionali. Condizioni che mancavano nella stragrande maggioranza dei nostri comuni, tanto che l'applicazione rigida ed uniforme del principio in tutte le amministrazioni locali ha comportato delle forzature incredibili, dovendosi inventare figure di responsabili di settore che di fatto non esistevano, con le disfunzioni gestionali e le maggiori spese che vi lascio immaginare.

Dirò di più: in una comunità di poche centinaia di censiti, con un comune, con un apparato ridotto all'osso, un bilancio che neanche in tutto il quinquennio di mandato arriva alle cifre dei comuni più grandi, dove i cittadini sono abituati a rivolgersi ai propri amministratori per risolvere anche le questioni più minute, e gli amministratori li incontrano tutti i giorni per strada, mi spiegate cosa ci sia da separare tra indirizzo politico e gestione? Nei nostri paesi, sindaco assessori e consiglieri sanno che c'è da impegnarsi per il Comune e lavorare, altro che programmazione e indirizzo politico! L'indirizzo è quello di casa, dove i censiti vengono a chiamarti anche di notte, se c'è una rottura dell'acquedotto o un guasto della distribuzione elettrica!

Ma davvero qualcuno crede che nei comuni più grandi, laddove esiste un apparato gestionale sufficientemente ampio ed articolato per una realistica ed efficace applicazione del principio di separazione, gli amministratori

non siano per primi favorevoli, non fosse altro che per liberarsi almeno in parte dalle gravose responsabilità che devono sopportare?

Ma se davvero vogliamo applicare il principio di separazione, dovremo farlo secondo modalità che tengano conto delle enormi differenze tra un apparato amministrativo con centinaia di dipendenti e quello con poche unità di personale!

In concreto la modalità che abbiamo scelto per raggiungere questo fondamentale obiettivo è coerente con l'obiettivo stesso: non una rigida e predeterminata imposizione per legge, ma al contrario l'esaltazione della potestà e responsabilità dei consigli comunali.

Non la legge regionale, ma il consiglio comunale, attraverso una modifica al proprio Statuto, dirà in quali termini si applicherà il principio di separazione nel proprio comune!

E a proposito del ruolo e della dignità del Consiglio, non sembri contraddittorio rispetto a quanto appena detto la diversa disciplina prevista dal disegno di legge per la concreta determinazione dell'indennità di carica da attribuire agli amministratori.

Chiunque ha avuto esperienze di amministratore comunale, e so che molti dei Consiglieri presenti in quest'aula sono stati sindaci, assessori o consiglieri comunali, ricorderà come le discussioni sulle indennità occupassero - necessariamente, essendo così stabilito dalla legge vigente - una o più d'una delle prime sedute dei consigli comunali neoeletti. Un passaggio che sempre più frequentemente veniva strumentalizzato, prestandosi facilmente a polemiche gratuite, quando non ad attacchi personali con strascichi pesanti sui lavori consiliari, proprio all'inizio del quinquennio di "consiliatura". In definitiva quello che era stato pensato come un sistema che responsabilizzava gli stessi amministratori comunali, nei limiti di una certa flessibilità dei parametri di aggancio agli stipendi dei segretari comunali, si è rivelato uno strumento incapace di garantire la dignità degli amministratori e degli stessi consigli comunali. Tanto che la richiesta di superare l'attuale modalità di determinazione delle indennità è venuta dagli amministratori in termini quasi unanimi, a prescindere dalle appartenenze politiche.

La soluzione individuata nel disegno di legge mantiene - ovviamente - in capo alla Regione la potestà di stabilire i principi in materia di indennità di carica degli amministratori comunali, stabilisce una serie di parametri oggettivi in riferimento alle caratteristiche del Comune, ma affida la determinazione in concreto dell'ammontare delle indennità alle Giunte provinciali. E non ripeterò più, per l'ennesima volta ormai, lo sto dicendo ovunque e comunque che non vi è alcun automatismo né tanto meno generalizzato né aggancio alle indennità dei consiglieri regionali. Semplicemente è stabilito un tetto massimo per i sindaci dei comuni capoluogo di Trento e di Bolzano.

Sappiamo bene che l'argomento si presta facilmente alle polemiche e alla demagogia, ma sulle indennità degli amministratori comunali mi sia consentito dire ancora una parola, con la consapevolezza che mi deriva da una lunga esperienza di sindaco, assessore e consigliere comunale, e senza l'imbarazzo di dover parlare di una indennità che mi riguarda direttamente.

In tutta franchezza sono convinto che se vi è qualcuno che si merita pienamente l'indennità di carica che percepisce ed anzi meriterebbe una

indennità ben più sostanziosa, questi siano proprio i sindaci e in generale gli amministratori comunali.

Avete idea del carico di responsabilità, contabile, civile ed anche penale che grava sugli amministratori comunali, a volte in termini di pura responsabilità oggettiva?

Sapete che le norme in materia di tutela ambientale assoggettano a responsabilità - e relative ammende - i sindaci anche per fatto altrui?

Qualcuno ha mai provato a contare le ore che un sindaco dedica al proprio Comune o, meglio sarebbe dire, alla propria comunità? O le volte in cui i cittadini si rivolgono al Sindaco, a qualsiasi ora e in qualsiasi giorno della settimana, per segnalare un problema, per fare una proposta o una critica, o anche, semplicemente, per chiedere un consiglio?

Sarebbe davvero ingiusto far “pagare” agli amministratori comunali le polemiche e la demagogia sui vitalizi e le indennità dei consiglieri regionali!

In materia elettorale il disegno di legge introduce modifiche tecniche volte a chiarire taluni aspetti o passaggi del procedimento di formazione e presentazione delle candidature, ma anche talune modiche di carattere più propriamente politico.

La più significativa, almeno per i comuni con popolazione superiore a 3.000 abitanti della provincia di Trento, è l’abolizione della possibilità di voto disgiunto, che ha portato in alcune occasioni all’elezione di sindaci che non disponevano della maggioranza in consiglio. Un risultato non solo contraddittorio rispetto alla logica dell’elezione diretta del sindaco ma assurdo per se stesso, che ha costretto quelle comunità locali a tornare alle urne nel giro di pochi mesi. Una norma sbagliata e da modificare in termini tanto più urgenti se vogliamo evitare nuove “anatre zoppe” nelle elezioni della prossima primavera.

In termini più problematici vorrei riferirvi di un altro snodo politico. Non perché non sia convinto di quanto abbiamo scritto. Tanto meno nutro riserve mentali sugli obiettivi che ci proponiamo. Ma temo che gli strumenti per affrontare la questione possano apparire non del tutto efficaci e forse, al di là delle migliori intenzioni che ci animano, possano urtare più d’una sensibilità.

Mi riferisco alla riserva di genere nelle liste elettorali, detta anche “quota rosa”.

Questione non nuova, né inedita quanto a soluzione, già proposta dal legislatore a livello statale e regionale e già cassata dalla Corte costituzionale. Successivamente riproposta con valenza costituzionale, già discussa - e respinta - sul finire della scorsa legislatura anche dai Consigli provinciali.

Questione delicata non tanto per l’obiettivo, da tutti - ci mancherebbe - condiviso, di arrivare ad una più equilibrata rappresentanza di genere nelle istituzioni pubbliche.

Delicata proprio per gli strumenti attraverso i quali promuovere quel risultato.

Quello delle “politiche attive” è un tema assai dibattuto anche in paesi che da decenni adottano “discriminazioni positive” per promuovere minoranze etniche o linguistiche o categorie di cittadini svantaggiati fino a portarle alla pari con la generalità della popolazione.

Non vi è dubbio che in tutto questo vi sia un elemento di forzatura, rispetto al principio dell'uguaglianza dei cittadini di fronte alla legge.

La promozione attiva di un soggetto per qualche motivo "svantaggiato" rispetto alla generalità degli altri soggetti comporta in qualche misura una discriminazione della generalità dei soggetti attraverso l'attribuzione di un punteggio aggiuntivo, di una condizione di favore, di un qualche elemento che si pone indubbiamente in contrasto con l'uguaglianza formale di tutti i cittadini di fronte alla legge.

Se questo è pacificamente ammesso rispetto a soggetti in condizioni di svantaggio psico-fisico, più o meno altrettanto può dirsi per le politiche che intendano rimuovere condizioni di discriminazione razziale e – via, via sfumando - svantaggi di carattere economico-sociale.

Ma può dirsi altrettanto rispetto alla totalità di un genere rispetto all'altro (sia detto senza intenti discriminatori nei confronti di generi minoritari...), di un genere che nel suo insieme è anzi numericamente maggioritario e che avrebbe dunque teoricamente tutte le possibilità per farsi ampiamente valere eleggendo propri rappresentanti all'interno delle istituzioni ai più diversi livelli?

Ebbene, pur con qualche dubbio sulla congruità dello strumento della riserva di quote di genere nelle liste elettorali, questa Giunta e la maggioranza che la sostiene ha concluso che a questa domanda dovesse risponderci che sì, era giusto dare una scossa e, almeno inizialmente, imporre con la forza della legge una necessaria e cogente riserva di genere.

Sono certo, per averlo provato nella mia esperienza di amministratore locale, che una volta rotto il ghiaccio, le donne si imporranno per meriti propri, per competenza professionale, per sensibilità umana e culturale, per quella speciale capacità di intendere la storia e di cogliere i particolari e le sfumature, a partire dai piccoli bisogni quotidiani di una comunità locale, a partire dai suoi soggetti più deboli e svantaggiati.

So che le donne portano in politica, a cominciare dall'amministrazione comunale, un punto di vista diverso, che ti fa vedere le cose sotto una prospettiva cui magari non eri abituato, e questo è una ricchezza per il Comune, anche se ti costringe magari a dedicare più tempo alle discussioni di giunta, più riunioni alla elaborazione dei programmi, più attenzione ai dettagli dei progetti.

Ma mi sono anche convinto che senza una forzatura, per abitudine e per pigrizia da parte degli amministratori maschi e forse per sfiducia o scarsa convinzione delle proprie capacità da parte delle stesse donne, questo primo passo non viene fatto spontaneamente.

E allora, pur consapevole della brutalità del mezzo della riserva di quota e del rischio di fraintendimento delle nostre stesse intenzioni, credo fosse giusto e necessario praticare una politica di promozione attiva. Con l'auspicio che presto non servano più "quote rosa" e, semmai, che siamo noi uomini a dover ricorrere in futuro ad una "quota azzurra"!

Le norme sui segretari comunali che trovate nel testo riflettono la disponibilità a introdurre modifiche migliorative rispetto alla prima bozza del disegno di legge. In Commissione legislativa abbiamo chiarito e meglio specificato, su richiesta degli stessi segretari, quelle parti che suscitavano in loro maggiori dubbi o timori.

Ho sempre detto che i nostri Comuni devono essere grati ai segretari, che specialmente nei primi decenni del dopoguerra sono state le vere colonne dei nostri enti locali. E questo spirito di riconoscenza e ammirazione è largamente condiviso dai nostri amministratori locali, come ho potuto constatare sia in Alto Adige, all'ultima giornata dei Comuni, che in Trentino, in numerosi incontri nelle nostre vallate.

Tuttavia, l'ultimo intervento organico del legislatore regionale sulla figura del segretario comunale risale ormai a 30 anni fa e, per quei tempi, fu certamente una riforma lungimirante, che portò a staccare i segretari dal Ministero degli Interni, ponendoli alle dipendenze dei comuni.

Ma a distanza di così tanto tempo, di 30 anni e in un quadro legislativo, ordinamentale e amministrativo, così profondamente mutato non è pensabile che la figura dei segretari possa rimanere eternamente immutabile.

Quelle norme regionali che nei primi anni '70 erano estremamente avanzate (tanto che lo Stato è arrivato alla comunalizzazione dei segretari con grave ritardo, solo nel 1997, con Bassanini) rischiano però di trasformarsi ora in un collo di bottiglia. Nel senso che in questi 30 anni il mondo è cambiato e i Comuni con esso, i rapporti di impiego presso le amministrazioni pubbliche hanno subito innovazioni profonde, le stesse modalità di gestione degli apparati amministrativi comunali sono cambiate radicalmente.

Paradossalmente le vecchie norme regionali si trovano ad essere superate dalla contrattazione, che ha ormai sostituito per numerosi aspetti la disciplina del rapporto di lavoro che era un tempo di fonte legislativa. Per questo è venuto il tempo di stappare questo collo di bottiglia, pur mantenendo in legge una serie di garanzie per i segretari.

Occorre prendere atto che quella figura che era più simile ad un notaio, con funzioni di verbalizzazione, rogito e di limitata consulenza giuridica, ha assunto accanto a queste pur importantissime caratteristiche un profilo dirigenziale, organizzativo e gestionale che lo fa assomigliare ora a un dirigente d'azienda, responsabile in primo luogo dell'organizzazione e gestione del personale del Comune e in ultima analisi dell'andamento complessivo di tutta la macchina burocratica del comune.

D'altra parte sono cambiate in profondità anche le norme ordinamentali ed elettorali dei Comuni: l'elezione diretta dei sindaci è stata un rivoluzione copernicana nei reciproci rapporti tra gli organi del comune e non si può pensare che questo non abbia riflessi rispetto ai rapporti tra sindaco e segretario: oggi assai più di ieri dove viene a mancare il rapporto di fiducia reciproca tra sindaco e segretario si verifica la paralisi del Comune.

Sappiamo che nel resto del Paese il legislatore ha imboccato con decisione la strada della aziendalizzazione, stabilendo la possibilità di assunzione del segretario per chiamata da parte del Sindaco a inizio mandato, scegliendo all'interno di un Albo gestito da apposita Agenzia.

E' una scelta che ha indubbiamente una sua coerenza logica, ma non è certo l'unica strada praticabile e non è necessariamente la migliore e non è detto che la Provincia scelga questa strada.

A questo proposito abbiamo raccolto opinioni e idee diverse tra gli amministratori comunali delle due province e non mancano differenze di

opinione anche all'interno di ciascuno dei due consorzi che rappresentano i comuni di Trento e di Bolzano.

Anche per questo non abbiamo ritenuto di dover prefigurare un'unica soluzione in questo disegno di legge.

Quel che ci premeva era la definizione di un quadro di principi e di garanzie per i segretari, per i dirigenti laddove presenti e per tutto il personale comunale, lasciando che siano poi le Province autonome a disciplinare l'ordinamento del personale dei comuni, tenuto conto che molti aspetti della disciplina del rapporto di lavoro già trovano disciplina patrizia nei contratti collettivi di lavoro negoziati e stipulati a livello di agenzie provinciali per la contrattazione.

Per i segretari in particolare in Commissione legislativa abbiamo accolto i suggerimenti provenienti dagli stessi rappresentanti sindacali dei segretari, specificando che per ricoprire il posto di segretario sarà comunque necessario il possesso dell'abilitazione conseguita al termine del corso-concorso previsto per legge, facendo salvi altresì i diritti dei segretari già in servizio.

Infine, vorrei fare un appello a voi tutti, a prescindere dalle appartenenze e dalla collocazione. A chi è stato amministratore comunale, ma anche a chi non ha fatto questa bellissima, faticosissima esperienza ed è pur sempre censito del proprio comune, parte di una comunità locale prima ancora che cittadino di una Provincia e Regione autonoma, di uno Stato e di una Unione europea. 339 comuni aspettano una legge di riforma da molti, troppi anni. Per ben due legislature questo Consiglio regionale non è riuscito ad approvare un disegno di legge di riforma dell'ordinamento degli enti locali.

Ricordo con una certa emozione che sul finire della scorsa legislatura ero sugli spalti dell'aula del Consiglio di Bolzano con più di cento colleghi sindaci, 170 per la verità, per manifestare l'urgenza di una approvazione.

Anche per questo ho sentito come un impegno personale, prima ancora che politico ed istituzionale, l'impegno e la sollecitudine per questo disegno di legge.

Le scadenze politiche e istituzionali ci danno ora l'opportunità, **l'ultima opportunità** del quinquennio di consiliatura comunale in scadenza, di approvare la riforma in tempo utile per la sua entrata in vigore prima del turno generale delle elezioni comunali della prossima primavera, tenuto conto dei tempi tecnici.

Abbiamo fatto tutto il possibile per accelerare i tempi di elaborazione del disegno di legge e so di poter assicurare la disponibilità della Giunta regionale, a partire dal Presidente e dal Vice presidente e della maggioranza che la sostiene ad accogliere emendamenti migliorativi del testo. Come usa dirsi, il testo non è blindato e credo che lo abbiamo dimostrato già in commissione legislativa, dove si è stabilito un proficuo clima costruttivo, che ha portato ad alcune modifiche anche significative del testo originario.

Sono anche consapevole che il Regolamento d'aula si presta facilmente ad essere utilizzato in termini ostruzionistici. Proprio per questo invito ciascuno a farsi carico delle proprie responsabilità.

Se dovessimo mancare ancora una volta - per la terza volta - l'appuntamento con le esigenze delle nostre comunità locali e degli enti che prima di tutti le amministrano e ne rappresentano in termini esponenziali necessità, interessi e aspirazioni, nessuno potrebbe menarne vanto: sarebbe una sconfitta per tutti e per ciascuno di noi e per la nostra autonomia speciale! Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Urzì. Ne ha facoltà.

URZÌ: Grazie, Presidente. Interverrò con alcune prime osservazioni di carattere generale, riproponendomi di intervenire successivamente, anche nel corso del dibattito, con ulteriori argomentazioni.

Da subito, signor Presidente, si pone un problema a cappello di questo dibattito che andiamo ad introdurre ed a proporre. Il disegno di legge è una forma di disegno di legge omnibus, sul quale sono montate via, via, rispetto alle iniziali volontà e anche aspettative manifestate in maniera conclamata da coloro che sono direttamente coinvolti, sono montate via, via materie che non possiamo considerare diverse rispetto a quella legata alla riforma dell'ordinamento delle autonomie locali in primis, quindi di intervento su alcuni ristretti ambiti di competenze. E' montata la materia relativa alle indennità di carica per gli amministratori, è montata la materia relativa alle deleghe di funzioni amministrative, di funzioni addirittura ordinamentali dalla Regione alle Province autonome di Bolzano e Trento, quindi si è via, via arricchito questo disegno di legge dal suo iniziale corpo, andando a preconstituire un grosso problema, un problema proprio per la sua forma, più che per la sua sostanza.

Allora ritengo che in via preliminare, signor Presidente, sia proprio necessario dedicare qualche momento di attenzione, qualche riflessione sul modo in cui si tende affrontare questa complessa materia, se sia più opportuno perseguire la strada che comunque la Giunta regionale ha inteso indicare, che è quella di un corposo disegno di legge, nel quale sono confluite materie anche molto diverse, oppure se si intenda scegliere la strada più semplice, per dare corpo a quelle aspettative che, con il pieno sostegno da parte nostra, l'assessore Amistadi ha esplicitato in maniera così efficace, così forte, così sentita, così passionale.

Non vogliamo considerare questo l'ultimo appello per le riforme, assolutamente no, lo vogliamo considerare una tappa importante, sulla quale c'è da decidere in che termini procedere da un punto di vista meramente organizzativo, anche per rendere produttivo, in senso assoluto, lo sforzo che intendiamo qua rappresentare. Più ampia è la materia, più ampie sono le osservazioni, più diversificate sono le obiezioni, più complesso è definire una strada che possa portarci verso l'uscita dal tunnel nel quale ci stiamo introducendo.

Signor Presidente, come Alleanza Nazionale lo abbiamo riaffermato dal primo momento, dalla Commissione legislativa, lo abbiamo riaffermato oggi con la lettura della relazione di minoranza, lo affermiamo adesso nel primo intervento in discussione generale, abbiamo dimostrato una nostra totale, assoluta, ma anche convinta volontà di trovare quelle intese necessarie a superare quegli scogli che comunque si sono manifestati, sulla rotta delle

riforme. Perché questo accada c'era bisogno di stabilire un metodo di lavoro, che debba riguardare la qualità stessa del disegno di legge, la forma che esso deve avere nella sua forma finale, se deve essere confermata la forma di disegno di legge omnibus o se deve essere riaffermata la necessità di un disegno di legge organico di stretta riforma dell'ordinamento delle autonomie locali. Poi si potrà entrare nel merito sulle tante obiezioni di merito che noi abbiamo già sollevato, indicato anche in maniera approssimativa, comunque indicativa nell'ambito della nostra relazione di minoranza, ma che tante altre componenti politiche di questo Consiglio hanno già manifestato, chi con la presentazione di emendamenti, chi in forma articolata, nell'ambito dei dibattiti che si sono già svolti ed in primis quello in Commissione legislativa.

Signor Presidente, ritengo di dover porre l'attenzione dell'aula questo primo elemento di riflessione e credo sia necessario definire il quadro delle obiezioni, ma definirle in modo organico, in modo che sia possibile verificare, in termini di assoluta concretezza, quelle che sono le condizioni di sostanziale accordo che l'assessore stesso ha invocato, ma che devono partire da una condivisione fra maggioranza e minoranza dei punti fondamentali, affinché, se ostacoli esistono e ne esistono, questi possano essere in maniera condivisa e superata.

Non sarò certo io signor Presidente, a chiedere in questo momento e da subito, anche se ne ravviso subito la necessità, una sospensione dei lavori per un incontro fra i consiglieri che, nell'ambito di quest'aula hanno ritenuto già di condividere alcune proprie posizioni e che vogliono rappresentare questa loro obiezione in forma congiunta, in modo da verificare con la Giunta regionale i tempi, i modi, le possibilità per giungere a quelle intese preliminari sul metodo di lavoro che intendiamo approvare, in modo da giungere nel più breve tempo possibile, in termini di assoluta concretezza, alla conclusione del dibattito d'aula.

Credo che questo sia un ragionamento preliminare, che deve assolutamente essere fatto, per non partire alla cieca su un dibattito sulle singole questioni di merito, estremamente complesso, perché attiene un centinaio di punti e se su ogni punto cerchiamo di trovare intese, accordi e cerchiamo di comporre le divisioni qui in aula, signor Presidente non credo che faremo molta strada. Quindi credo sia più funzionale per i lavori arrivare a questa forma di dibattito preliminare trasversale, non sarà io, signor Presidente, a chiedere la sospensione dei lavori d'aula, però credo che da subito l'aula è chiamata a fare una riflessione e credo che su questo sia chiamata a fare una riflessione la stessa Giunta regionale, l'assessore competente, il Vicepresidente. Grazie.

PRESIDENTE: Proseguiamo con la discussione generale e vediamo poi come si potranno trovare eventuali intese sui nodi che si porranno.

Ha chiesto di intervenire il cons. Parolari. Ne ha facoltà.

PAROLARI: Grazie, Presidente. Credo che una buona parte del lavoro di cui parlava adesso il cons. Urzì, è già stato fatto in Commissione, in Commissione si è discusso in modo approfondito di tutti gli articoli, si è discusso del disegno di legge in generale, si è arrivati a delle conclusioni, a delle modifiche

interessanti e significative, se poi è il caso di ridiscutere alcuni argomenti, sarà la Presidenza che lo decide.

Credo però che il lavoro sia un lavoro egregio quello fatto ed anche le conclusioni, il disegno di legge portato in aula sia un buon disegno di legge. Vorrei su questo dire che si sbaglia chi ritiene questo disegno di legge rivoluzionario, la riforma dei comuni, con enormi ed esagerati titoli, credo sia invece un disegno di legge che proprio contiene in sé una serie di articolate risposte a delle esigenze che sono emerse in questi anni da parte dei comuni, da parte degli enti locali e dell'organizzazione di rapporti tra Regione, Province ed enti locali.

Le soluzioni che sono state individuate in questo disegno di legge sono, a mio avviso, delle soluzioni molto buone e che rispondono a bisogni molti forti. E' un adeguamento nel tempo di queste risposte, probabilmente è una di quelle leggi che periodicamente la Regione adesso ed in futuro la Provincia dovrà fare, per mettere a punto nel tempo le modifiche necessarie che verranno richieste dagli enti locali.

Sono tra quei sindaci che sostenevano questo disegno di legge in passato come l'attuale assessore Amistadi e credo che i contenuti di questo disegno di legge diano realmente risposta.

Prima di tutto devo dire che il principale argomento che ha richiesto anche un approfondito dibattito in Commissione è stato quello relativo alla separazione dei compiti politici, dei compiti tecnici. Ero presidente della rappresentanza dei comuni del Trentino e dalla rappresentanza unitaria dei comuni era nata l'esigenza, insieme agli uffici della Provincia, di arrivare ad applicare anche da noi la riforma Bassanini, quella riforma che poneva in testa ai tecnici le responsabilità tecniche ed in testa ai politici – parlo a livello comunale – le responsabilità delle scelte politiche del controllo. E' stata fatta una scelta decisamente importante che ho sostenuto e difeso, ho però anche visto, nel corso di questi anni ed ho sentito una serie di esigenze che oggi mi portano a dire che la correzione di quella scelta fatta allora, forse eccessivamente severa, è una correzione oggi necessaria, in particolare per quanto riguarda i piccoli comuni.

Devo dire che mi sono mosso in Commissione, cercando che venisse applicato il limite previsto dalla legge Bassanini negli altri comuni d'Italia, sotto i 5 mila abitanti questa separazione di compiti non è più così severa, anche gli assessori possono svolgere compiti tecnici, sopra ai 5 mila abitanti invece questa separazione in tutta Italia è obbligatoria.

Da noi i limiti sono un po' maggiori, ci si muove intorno ai 10 mila abitanti, è però estremamente interessante rilevare il fatto che di principio la separazione dai compiti tecnici, dai compiti politici c'è in tutti i comuni, a meno che non ci sia una scelta specifica, fatta all'interno dello statuto comunale che prevede il suo superamento.

La richiesta di questo impegno a livello comunale, che sia il consiglio comunale che comunque decide il fatto che anche l'assessore in quel comune possa assumere dei compiti tecnici, credo sia una norma di grande salvaguardia e vada verso la necessità di autonomia comunale.

Questa legge ha preso in esame una serie di risposte ad un altro grande problema che oggi esiste ed è molto sentito nei nostri comuni ed è quel

deficit di democrazia e di partecipazione che mette in difficoltà tanti consigli comunali. Li mette in difficoltà, perché molto spesso i consiglieri comunali si chiedono: cosa ci stiamo noi a fare in questa realtà? Non vedono più un loro ruolo significativo e questo è la fonte di tante difficoltà ed anche la causa principale del fatto che in tanti comuni si presenta una lista solo ed in qualche comune addirittura non se ne presenta nessuna.

Questo disegno di legge va incontro a questa esigenza e cerca, attraverso una serie di scelte intelligenti e significative, di dare risposta a questo deficit di partecipazione di democrazia nei consigli comunali. Lo fa riportando le decisioni al consiglio comunale sui tributi, ma non solo, anche sulla definizione delle aliquote e questa è una cosa estremamente sentita nei comuni, lo fa definendo che per una serie di opere pubbliche i progetti preliminari di queste opere pubbliche devono obbligatoriamente essere portati e decisi in consiglio comunale.

All'interno della Commissione abbiamo portato una serie di adeguamenti a questa norma, in modo che l'ammontare del valore delle opere pubbliche sia adeguato alla grandezza del comune, partendo dai comuni più piccoli, dove è obbligatorio discutere in consiglio comunale tutte le opere pubbliche che superano i 250 mila euro, gli ex 500 milioni di lire, fino ai comuni più grandi, dove dovranno essere obbligatoriamente discusse tutte quelle opere che arrivano ai livelli delle aste di natura europea.

Non solo con queste scelte è stata data risposta a questa esigenza di partecipazione, credo che una risposta significativa che dà questa legge è quella alla sempre maggiore richiesta, da parte dei comuni, di autonomia propria. Lo fa, da una parte attraverso alcuni accenni alla finanza locale, ma soprattutto definendo che il cuore dei comuni, il cuore delle decisioni dell'autonomia comunale sono gli statuti. Attraverso gli statuti, i comuni possono decidere e fare una serie di scelte fondamentali per la loro vita e per la loro programmazione.

Tocca inoltre l'aspetto molto sentito delle indennità dei sindaci e dei componenti della Giunta, c'è chi sostiene che è giusto che in occasione di ogni legislatura sia l'organismo che deve decidere quali sono le indennità migliori da assegnare ai propri rappresentanti. Credo invece che quella della definizione delle indennità di sindaci e di Giunta, in occasione di ogni nuova consiliatura sia una cosa estremamente negativa, che non porta da nessuna parte, che è fonte di pregiudizi, di battaglie senza costrutto e comunque l'occasione per ridurre i consigli comunali a portarli a discutere su battaglie molto spesso senza senso.

Per cui ritengo che il definire, da parte di un organismo superiore, questa indennità, è un grande piacere che facciamo a tutti i consigli comunali e non solo ai sindaci ed alla giunta.

Questa legge introduce una modifica, che è una modifica molto importante all'elezione diretta nei comuni trentini, nei comuni con più di 3 mila abitanti, introducendo l'obbligatorietà del voto congiunto, eliminando quindi i casi di un sindaco senza maggioranza, la cosiddetta "anatra zoppa".

Un argomento che ha portato la Commissione ad una discussione molto vivace ed approfondita è stata quella del referendum, da una parte c'era chi sosteneva come le forze politiche di lingua italiana in Alto Adige che il 10% è una cifra eccessiva e che può comportare l'impossibilità a raccogliere

un'adesione così forte già in partenza al referendum, tanto da poterlo impedire, c'è chi diceva che il 10% è eccessivamente basso e rischia di trasformare il referendum non in un atto significativo all'interno del comune, ma in un atto di intesa politica del tutto secondaria.

Alla fine il 15% previsto di adesioni, perché un referendum possa essere avviato tra gli aventi diritto in un comune è stato portato al 10% e ritengo che questa sia una percentuale del tutto adeguata. Così come credo di esprimere la soddisfazione mia del fatto che è stato accolto quell'emendamento che prevede che entrambi i generi devono avere almeno un terzo dei rappresentanti all'interno delle liste.

Ho presentato due emendamenti per raggiungere questo scopo, che verranno discussi successivamente, mi auguro che venga preso in esame la necessità di arrivare a far sì che anche in Trentino ed in Alto Adige diventi operativa quella norma, esistente nel resto d'Italia, che prevede l'impossibilità per i sindaci ed i membri di giunta dei nostri comuni, che hanno competenze in materia di urbanistica e di edilizia, di svolgere attività professionale nel comune da loro amministrato, perché in questa situazione è facilmente comprensibile come al sindaco o all'assessore, architetto o ingegnere vengano con grande probabilità assegnati compiti di progettazione, in quantità superiore agli altri professionisti presenti sul territorio, perché il fatto che siano amministratori pubblici dà maggiore garanzia che i loro progetti vengano approvati.

La stessa regola ho proposto con un secondo emendamento, che possa valere per tutti i membri della commissione edilizia, non solo per i membri esterni della commissione edilizia, norma già prevista in una legge per la Provincia di Trento. Se venisse fatta propria da questo Consiglio anche questa norma che riequilibra una serie di condizioni di incompatibilità evidenti, ma che purtroppo non hanno trovato nella nostra regione una norma che li definisca, credo che il disegno di legge potrebbe essere a mio avviso ottimo, un disegno di legge quindi da sostenere ed approvare, come ho fatto a nome del mio gruppo e della sinistra del Trentino e dell'Alto Adige nella prima Commissione legislativa.

PRESIDENTE: Sospendiamo la seduta e ci ritroviamo alle ore 15.00.

(ore 12.47)

(ore 15.00)

Presidenza del Presidente Magnani

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

PINTER: *(segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Riprendiamo la discussione generale congiunta dei disegni di legge n. 6 e n. 10.

Ha chiesto di intervenire in discussione generale il cons. Morandini. Ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Dico che finalmente veniamo in aula, speriamo in maniera definitiva con questo provvedimento, che nella sostanza, mi pare di capire da quello che ho letto, è una riscrittura sostanziale dei soliti disegni di legge che ci troviamo sui tavoli da quasi cinque anni, dal 1999 circa.

Interverrò brevemente su qualche questione di fondo, lasciando poi all'esame degli articoli che ritengo più salienti, perché una serie di norme sono aggiustamenti tecnici, una serie di altre norme sono il legittimare, con norma legislativa, quello che oggi già di fatto avviene nella prassi, ma non è coperto legislativamente o perché qualche legge è stata abrogata, eccetera e quindi anche su questo versante mi ritrovo e vorrei toccare qualche passaggio di fondo.

Principio di separazione fra funzioni del politico e quelle del tecnico. Grosso dilemma su cui all'indomani, fin dall'approvazione della cosiddetta riforma Bassanini, ci siamo più volte confrontati.

Mi rendo conto che è un passaggio non facile e su questo vorrei che lei portasse l'esperienza alla prassi di questi anni nei comuni, non è facile trovare il punto di equilibrio. Mi pare di capire, dalla proposta che la Giunta ha fatto, che c'è sostanzialmente una mitigazione di questo principio di separazione fra le funzioni del politico e quelle del tecnico, non certo nella linea della riforma Bassanini, su cui peraltro ho anche delle perplessità, però è vero che anche lo Stato ha mitigato questa linea di separazione, però non si è spinto fino al punto in cui si è spinta la Giunta in questa mitigazione.

Naturalmente queste sono scelte politiche, non ho una ricetta su questo, mi permetto di dire che se è vero che in qualche rara situazione si sono registrate le cosiddette situazioni patologiche e non diciamo altro, che quindi mettono in guardia relativamente all'assunzione rigida di questo principio di demarcazione, penso che la patologia non dovrebbe incidere fino a tanto sulla norma, perché per fortuna quelli che abbiamo davanti sono casi rari ed isolati e secondo me farsi condizionare nella stesura e nell'approntamento del provvedimento legislativo, che va a normare in generale, come deve essere un provvedimento legislativo, cioè affrontare in termini generali ed astratti la questione, mi pare un po' troppo.

Quindi da questo punto di vista sulla scelta fiduciaria, che per certi aspetti potrei anche condividere, mi permetterei di chiedere una rimediazione della Giunta.

Una seconda questione di fondo, assessore, lei è un nuovo assessore regionale, ma non è nuovo alla politica e non è nuovo alle discussioni che abbiamo avuto in questi anni all'interno del Consiglio regionale, che sono rimbalzate sulla pubblica opinione, relativamente alla funzione dell'ente Regione, in cui credo particolarmente al ruolo dell'ente Regione, naturalmente non credo ad una Regione che voglia andare avanti con le competenze che lo statuto le ha assegnato 50 anni fa o con qualche aggiunta, anche se le aggiunte sono purtroppo poche, semmai sono i brandelli ed i brani di competenze che le sono state via, via espropriate che rilevano e quindi no

credo che la Regione possa valorizzarsi, cercando di difenderla così com'è, di blindarla, semmai la Regione va ripensata con sue nuove funzioni.

La proposta organica l'ho già formulata la scorsa legislatura, ci tornerò sopra anche in questa, però, assessore Amistadi, mi rivolgo a lei come componente di questa Giunta regionale, finché c'è la Regione è Giunta regionale anche, di fatto, assessore, ci sono alcune norme che di fatto sono una delega di funzioni dall'ambito regionale a quello provinciale.

Posso capire che lei che è un mediatore di eccellenza, perché viene da una cultura di governo pluriennale, dica: in sostanza se voglio portare a casa un provvedimento regionale che intende disciplinare il sistema elettorale, ma in generale esercitare la competenza regionale in materia di ordinamento dei comuni, è chiaro che devo farmi carico di contemperare queste esigenze e quindi strattonato per la giacca da un lato dalla Provincia di Bolzano per sue esigenze, dall'altro da quella di Trento per sue esigenze, evidentemente devo cercare di...

Arrivo a dirle persino questo, se qualche norma – poi andrò nella disamina articolata di queste – che di fatto prevede una delega mi può anche trovare d'accordo, non sull'impoverimento ulteriore di competenze della Regione, ma sul fatto che ormai date certe competenze in materia di ordinamento dei comuni alle Province, non ha senso che alcune restino in capo alle Province, trattenere in maniera stretta in capo alla Regione certe altre, non corrisponde certamente a criteri di efficienza e di efficacia che insieme vogliamo dare alla macchina amministrativa regionale, provinciale dell'autonomia, ma ci sono però altre norme, sulle quali mi permetterei di indurre ad un ripensamento suo, proprio perché queste di fatto si traducono in una ulteriore delega di funzioni dalla Regione alle Province e quindi in un ulteriore indebolimento su questo versante.

Mi dica nel primo senso, del primo ragionamento, che se i sistemi elettorali, purtroppo, in Provincia di Trento e in Provincia di Bolzano sono diversi, dico purtroppo perché lei sa quante battaglie ho fatto anche con altri colleghi, sul fatto della differenziazione del sistema elettorale fra le due Province, del resto qualche collega in un *pour parlé* giustamente ci invitava a pensare con quale legittimità oggi si siede in un Consiglio regionale, che è la sommatoria di due Consigli provinciali, i cui consiglieri sono stati eletti con due sistemi elettorali diversi, ma indurre un'ulteriore differenziazione dei sistemi elettorali per i comuni del Trentino e rispettivamente per i comuni dell'Alto Adige, vuol dire aggiungere un'ulteriore differenziazione dei sistemi elettorali, quindi non due sistemi elettorali diversi fra la Provincia di Trento e quella di Bolzano, ma quattro sistemi elettorali diversi.

Io le rappresento, assessore Amistadi, lo rappresento in particolare ai suoi uffici, che sino a prova contraria lo statuto dice che è competenza regionale e questa va rispettata. Quindi ci vorrebbe una modifica statutaria su questo, perché è competenza della Regione e quindi da questo punto di vista ci vorrebbe una modifica statutaria.

Una questione decisiva su tutto l'aspetto legislativo è certamente quella relativa al personale dei comuni, così come è messa nello statuto e riprendendo articolatamente quanto dicevo poc'anzi in una breve disamina degli articoli relativi, parto dall'articolo 53 con riferimento alla delega. Il primo comma

di questo articolo dice: *Le Province autonome disciplinano l'ordinamento del personale dei comuni nel rispetto dell'autonomia organizzativa*. Questa è una norma, assessore, che non condivido dal punto di vista politico per quanto riguarda un'ulteriore privazione della Regione, però dal punto di vista dell'efficienza e dell'efficacia dell'azione amministrativa mi pare di buon senso che, avendo già le Province una serie di competenze sui comuni, siano date anche queste.

Le rammento che lei, come assessore regionale, nel nome di questa efficacia e questa efficienza trasferisce questo, però vorrei chiederle, laddove tutto è possibile, cerchi di tutelare queste competenze regionali, anzi se è possibile di far sì che qualche nuova competenza, con riferimento ad una materia di sua spettanza, relativa al suo dicastero, possa riconoscersi in capo alla Regione.

Lo stesso ragionamento di cui all'articolo – ho sbagliato nella lettura, parlavo dell'art. 54 – che risponde a criteri di efficacia ed efficienza, quello relativo alla disciplina in materia di contabilità e coordinamento della finanza locale, questo sì corrisponde a criteri di efficacia ed efficienza e lo stesso ragionamento si può fare con riferimento alla norma di cui all'art. 55, cioè la norma la cui rubrica porta il titolo: *Interventi in materia di forme collaborative intercomunali*.

Penso che qui, anche se sul versante politico non condivido questa progressiva espropriazione di competenze della Regione nei confronti delle Province, però capisco che mi pare risponda a criteri di efficacia ed efficienza amministrativa, il fatto che su questi due settori le forme collaborative intercomunali e la contabilità ed il coordinamento della finanza locale ci possa essere un riconoscimento alle Province.

Preoccupa però di più in questo ragionamento, assessore, la norma di cui all'art. 53, perchè quello che ho poco fa letto e cioè che *le Province autonome disciplinano l'ordinamento del personale dei comuni nel rispetto dell'autonomia organizzativa dei comuni e sei seguenti principi generali*, eccetera, questa è una delega vera e propria e le chiedo invece, poiché lo statuto riconosce alla Regione la competenza primaria in materia di ordinamento dei comuni, che questa norma vada ripensata, perché la delega di cui all'art. 53 mi preoccupa particolarmente.

Analogo ragionamento che ho fatto sull'art. 55, sull'art. 54 si potrebbe anche fare con riferimento alla norma di cui all'art. 57; mi pare di capire che a tutt'oggi vige una certa confusione all'interno degli enti locali, per cui da questo punto di vista disciplinare il procedimento amministrativo, penso possa essere utile.

Le rappresento comunque che, secondo me, per un corretto procedimento dal punto di vista legislativo, questo tipo di interventi richiederebbe la modifica dello statuto, il quale riconosce alla Regione la competenza in materia di ordinamento dei comuni. Lei mi potrebbe dire che è stato fatto analogamente per quanto riguarda catasto, tavolate, eccetera, sì è vero, però se è stato fatto così ed ho contestato in quelle operazioni la legittimità sia giuridica che anche politica, ciò non toglie che non sia necessario, dal punto di vista giuridico, modificare lo statuto.

Vorrei fare un altro ragionamento, con riferimento alla norma di cui all'art. 58, visto che è collegata con questa e cioè la norma che contiene disposizioni in materia di IPAB. Assessore Amistadi, il suo collega competente in materia di istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza, penso che le avrà detto, se non lo ha detto glielo dico io e chiederò all'assessore competente su questa materia, che qui andiamo ad interferire su materia di competenza della Regione, la materia dell'ordinamento delle istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza è di competenza della Regione. Allora lei, art. 58, mi propone come Giunta la previsione per cui la legge provinciale può disciplinare la soppressione delle IPAB che non dipendono da fondazioni o da altri soggetti.

Mi pare un ulteriore esproprio di competenza a danno della Regione, a favore delle Province, addirittura una interferenza nella competenza regionale che in virtù dello statuto spetta.

Vorrei fare un ultimo ragionamento, con riferimento a ragionamenti generali sul discorso dei controlli degli atti. Mi pare di ricordare che qualche tempo fa, mi riferisco alla provincia di Trento, non so com'è la situazione in provincia di Bolzano, ci sono stati una cinquantina circa di comuni che avevano chiesto, in sostanza, adesso non ho davanti le lettere, ma comunque la sostanza della richiesta stava nel fatto che desideravano essere sottoposti a controllo, adesso la dico in maniera molto semplice. Allora è vero, lei mi dirà che il controllo sugli atti è stato tolto con la modifica costituzionale, art. 130, titolo V, eccetera, per cui dal punto di vista giuridico in questo senso e su questo versante le do atto che è assolutamente coperto, è vero anche che eventualmente effettuare il controllo costituirebbe in generale una *diminutio* del potere dell'autonomia dei comuni.

Allorquando i comuni chiedessero di avere comunque, su questioni o su delibere di una certa importanza, di un certo spessore, alle Giunte provinciali rispettive di attivare forme collaborative, per cui la loro azione, i loro atti abbiano il massimo di garanzia per essere incanalati entro l'alveo della legittimità e questo glielo dico per prevenire una serie di ricorsi giurisdizionali agli organi di giustizia amministrativa e quant'altro, penso che queste forme collaborative non dovrebbero dipendere dalla facoltà delle Giunte provinciali, ma bisognerebbe pensare in sostanza ad una sorta di diritto degli enti locali, soprattutto degli enti locali meno dotati di personale, di attrezzature anche in termini di risorse finanziarie, di poter avere un confronto, un consiglio, un orientamento da parte delle Giunte provinciali competenti per essere assicurati che la loro azione amministrativa si svolga il più possibile nella norma della legittimità.

Visto che ho toccato il tema dei ricorsi giurisdizionali, penso che anche la questione del personale vada valutata e disciplinata con grande attenzione, perché temo che su questo versante e su alcuni passaggi contenuti nel disegno di legge ci saranno una serie di ricorsi giurisdizionali.

La disciplina del personale degli enti locali è questione delicatissima, lei lo sa benissimo, assessore Amistadi, mi premerebbe che venisse approvata una disciplina che al massimo previene l'esperimento dei ricorsi in sede giurisdizionale, perché temo che su qualche passaggio, almeno alla luce delle norme che ho avuto modo di sottolineare, questo è un pericolo piuttosto forte.

Signor Presidente del Consiglio, concluderei il mio intervento con una richiesta sull'ordine dei lavori, per economia di tempo. Signor Presidente,

vorrei proporre una breve sospensione dei lavori della seduta per un confronto con alcuni consiglieri di minoranza, che hanno presentato una serie di emendamenti, proprio perché si possa divenire ispirati costruttivamente ad andare in porto con questo disegno di legge in termini ragionevoli, per vedere come è possibile sintetizzare le varie proposte emendative e dove poi focalizzare le richieste alla Giunta regionale.

Quindi le chiedo un congruo periodo di sospensione dei lavori per questa ragione.

PRESIDENTE: Volevo solo sapere di quanto tempo ha bisogno, perché questo va nello stesso senso della richiesta del cons. Urzì e la Giunta è disponibile, come mi hanno riferito. Vi serve un'ora? Va bene, riprendiamo i lavori alle ore 16.25.

(ore 15.25)

(ore 16.31)

PRESIDENTE: Riprendiamo i lavori.

Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini. Ne ha facoltà.

MORANDINI: Chiedo scusa, Presidente, volevo rappresentare al Consiglio, in particolare a lei la richiesta, poiché stanno procedendo questi lavori all'interno delle minoranze, di un ulteriore lasso di tempo per concludere l'esame di tutte le varie proposte per arrivare ad una sintesi, quindi sono a chiederle, se possibile, la concessione ai gruppi della minoranza di un altro lasso di tempo per completare questo lavoro.

PRESIDENTE: Volevo capire di quanto tempo avete bisogno, per rispetto dell'aula, se potete rinviare questo approfondimento, magari chiudendo mezz'ora prima la seduta, mi rendo conto dell'importanza di questo confronto, però anche per il rispetto degli altri consiglieri.

Prego, cons. Morandini.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Sono contento che si esprima anche l'aula naturalmente, che è sovrana; a noi premeva continuare adesso questo tipo di approfondimento, perché poi ci sono colleghi che alle ore 18.00 avevano già assunto altri impegni; quindi chiedere un'ora per questo ulteriore approfondimento, se però ci sono colleghi che intendono oggi intervenire in discussione generale, eccetera, se l'aula a maggioranza decide di no, evidentemente non possiamo che rimetterci alla volontà dell'aula. Peraltro, a nome di questi consiglieri di minoranza, ho ritenuto di fare questo tipo di richiesta che ribadisco all'aula, all'assessore, alla maggioranza.

PRESIDENTE: Direi di continuare con un paio di interventi, poi sospendiamo la seduta un'ora prima e voi potete continuare i lavori, se per voi può essere

positivo questo. Chiudiamo i lavori alle ore 17.00 e poi potete continuare il vostro lavoro.

Ha chiesto di intervenire il cons. Turella. Ne ha facoltà.

TURELLA: Signor Presidente del Consiglio, signore e signori Assessori, signori Consiglieri, s'apre oggi in quest'aula la discussione del disegno di legge n. 10 riguardante la "Riforma dell'ordinamento delle Autonomie locali". Esso rappresenta, dopo anni di attesa, il primo vero intervento organico di revisione dell'attuale ordinamento comunale all'indomani dell'approvazione della legge costituzionale n. 3 del 2001 che ha modificato il Titolo V - parte seconda della Costituzione ponendo sostanzialmente su un piano paritario Regioni, Province autonome e Comuni.

I nostri Comuni si trovano quindi a vivere una delle più importanti fasi di quel percorso verso una ridefinizione generale del loro ruolo.

Con queste premesse, credo che allora non si possa affrontare un tema come quello odierno, senza aver fatto prima un raffronto, ancorché sintetico, tra l'attuale impianto autonomistico della nostra Regione con quel processo riformatore che sta interessando nella sua interezza il mondo delle Autonomie locali, mettendo in risalto i ritardi e ciò che ancora discrimina, in termini di raggiungimento di una reale e compiuta riforma delle autonomie locali, i Comuni trentini e sudtirolesi rispetto ai Comuni nel resto del Paese.

Ci sono indubbiamente delle considerazioni oggettive di carattere pratico e politico che credo vadano necessariamente fatte anche per inquadrare meglio il contesto da cui non si può prescindere non solo per capire quale è lo stato di salute dei nostri Comuni, ma anche per valutare in prospettiva quale sarà il reale impatto di quel processo riformatore che, tra le altre attese, dovrà gettare le basi per una compiuta distinzione tra politica ed amministrazione anche e soprattutto nel sistema di governo comunale.

E' ormai avviato nel Paese, a seguito dell'adozione da parte del Governo e del Parlamento di importanti provvedimenti legislativi quali le Bassanini, la già ricordata legge costituzionale n. 3 del 2001 e non ultima l'approvazione alla Camera della riforma federalista dello Stato, un progressivo decentramento e trasferimento dal centro alla periferia dei luoghi di decisione e di gestione politico - amministrativa.

E' sempre più riconosciuta ai Comuni, in virtù della forte legittimazione popolare derivante dall'elezione diretta dei Sindaci, la loro funzione di reale intervento territoriale su scala locale e la loro attitudine e capacità di corrispondere nel modo migliore alle aspettative dei cittadini.

Sono in forte crescita, al di là delle questioni di campanile, quelle esperienze che vedono sempre più uniti i Comuni a livello di valle, di zona omogenea o di bacino territoriale, per la ricerca di collaborazione, cooperazione intercomunale, sviluppo di sinergie ed economie di scala che consentano la produzione di servizi complessi e costosi, difficilmente gestibili a livello di singolo Ente.

Oggi i Sindaci e gli Amministratori delle nostre realtà locali esigono certezze, consapevoli che solo la collettività che amministrano, attraverso lo strumento dell'elezione diretta, saprà e potrà giudicare il loro operato.

Il Comune, o meglio l'istituzione Comune, così come era stata disegnata non regge ai tempi nuovi, alle accelerazioni ed alle sollecitazioni che l'esigenza di una moderna ed efficiente amministrazione impone.

In questo ultimo decennio i tempi del cambiamento si sono sempre più ridotti ed oggi il contesto sociale in cui ci troviamo a ripensare il ruolo del Comune è profondamente diverso da quello di pochi anni fa.

A più di undici anni di distanza dalla brusca interruzione del processo di riforma istituzionale, che sembrava innescato con il recepimento a livello locale (legge regionale n. 1 del 1993) delle linee innovatrici tracciate in materia di ordinamento delle autonomie locali dalla legge 142 del 1990, è indispensabile procedere alla definizione di un quadro normativo adeguato alle nuove esigenze, capace di dare slancio al governo locale dei Comuni e di sostenerlo nell'esercizio di quella sua funzione fondamentale che sta nell'essere generatore dello sviluppo sociale, economico e culturale delle comunità locali trentine e sudtirolesi.

Sono in particolare profondamente mutate le aspettative e le esigenze del cittadino, che chiede all'Amministrazione locale - da lui direttamente eletta - risposte sempre più puntuali e concrete.

Vi è quindi la necessità di considerare sempre con maggior attenzione l'istituzione comunale non solo quale punto d'incontro e luogo in cui la comunità elabora, discute e fa convergere tutte le proprie idealità, le proprie passioni civili e politiche; ma anche come luogo in cui l'amministrazione studia ed elabora il modo migliore per fornire servizi che assicurino l'igiene, le strade, l'abitazione, l'istruzione, lo sviluppo culturale ecc.

Affermare la centralità del Comune nel sistema di governo locale significa consentire anche ai nostri Comuni di diventare attori protagonisti in una nuova condizione istituzionale e politica che esalti le capacità di progettare ed innovare, mettendo alla prova sindaci ed amministratori; significa consentire anche ai nostri Comuni di poter affermare il proprio ruolo dinnanzi al proliferare di funzioni e alle continue interferenze di altri livelli di potere, di stabilire un nuovo rapporto con i cittadini, e di procedere ad una riorganizzazione della propria struttura funzionale per una efficace ed efficiente azione amministrativa.

Affermare la centralità del Comune nel sistema di governo locale equivale in sostanza a mettere i nostri Sindaci in condizione di lavorare molto meglio; significa corrispondere alle domande di autonomia, di autogoverno, di semplificazione burocratica, di efficienza dei servizi; mettere i Comuni nella condizione di poter dare risposte alla realtà dei bisogni, delle esigenze delle domande che nascono sul territorio.

Vuol dire in ultima sintesi applicare rigorosamente il principio di sussidiarietà, distribuire quindi, compatibilmente con le necessità e le possibilità peculiari, i compiti e le responsabilità amministrative il più possibile vicino al territorio, alle imprese, alle esigenze, ai bisogni.

Stando così le cose è indispensabile definire, una volta per tutte, quale sia il volto, la configurazione o il modello che si vuole assumere per i Comuni e per la Provincia.

Nel resto d'Italia, accanto alle Regioni, vi sono Province e Comuni, che si distribuiscono, se li si considera tutti assieme, su un triplice livello.

Nel Trentino ed in Alto Adige, malgrado l'apparenza contraria, i livelli di governo locale sono costituiti soltanto dalle Province e dai Comuni, poiché la Regione ha visto ridotte le sue funzioni a compiti solo ordinamentali e anche questi limitatamente a poche materie.

Nelle Province sono confluite così da un lato le funzioni tipiche di una Regione, anzi di una Regione ricca di funzioni e dall'altro lato le funzioni tipiche delle Province ordinarie.

Il cumulo delle une con le altre non solo ha impedito una più larga ed articolata distribuzione delle funzioni, ma ha finito con lo schiacciare i Comuni sempre più in basso.

Se nel resto del territorio nazionale si è progressivamente riconosciuto il ruolo dell'ente comunale come nucleo fondamentale dell'ordinamento e si è quindi provveduto ad un sempre più consistente trasferimento di funzioni a suo favore, in Trentino ed in Alto Adige questo ruolo è stato di fatto negato tanto che si è arrivati a parlare non a torto di Comuni di serie A e Comuni di serie B.

Anche se l'assetto descritto e la relativa problematica sono state in parte modificate col recente D.LGS 275 del 1997, che ha previsto la possibilità che sia la stessa legge provinciale a determinare l'attribuzione ai Comuni di funzioni di spettanza provinciale, è indubbio comunque che anche dopo tale modifica è rimasta di fatto preclusa al legislatore statale la possibilità di trasferire direttamente funzioni amministrative ai Comuni trentini e sudtirolesi, salvo quelle che non rientrano nelle competenze della Regione o della Province.

Lasciando alle scelte discrezionali del legislatore locale, in particolare provinciale, il compito di provvedere alla relativa attribuzione di funzioni attraverso lo strumento della delega, si è determinata in effetti una situazione alquanto paradossale: nelle province di Trento e di Bolzano, al massimo di autonomia riconosciuta all'ente provinciale nel quadro dell'intero ordinamento nazionale corrisponde il minimo di autonomia per quello comunale.

Il tutto nonostante il recepimento (legge regionale n. 10 del 1999) della riforma delineata dalla Bassanini, volta a realizzare il passaggio da una organizzazione centralista diretta ad un modello di decentramento e amministrazione indiretta con una profonda trasformazione dell'amministrazione pubblica.

Proprio però l'alto numero dei Comuni di piccole dimensioni, si presterebbe invece ottimamente ad un nuovo modello in cui - eliminato il ruolo di tipo centralista della Provincia - siano invece stimulate forme di collaborazione intercomunale e associazionismo che consentono di raggiungere una scala di dimensione ottimale nella gestione dei servizi comunali.

Verrebbero così ad essere superati i limiti di efficienza amministrativa legati alle ridotte dimensioni, e nel contempo verrebbero conservate e valorizzate le risorse presenti nelle piccole comunità, nonché quella esperienza di democrazia locale che i piccoli comuni sparsi sul nostro territorio da secoli realizzano.

Sì perché il grande patrimonio e forza della Regione è sì nelle città, ma soprattutto in quei centinaia di piccoli, piccolissimi comuni che costituiscono il suo vero tessuto connettivo.

Un profondo, allora, cambiamento di cultura e di costume politico ed amministrativo, nelle realtà locali, ma soprattutto al centro, si rende necessario ed imprescindibile per collocare finalmente i comuni trentini e sudtirolesi, tutti, nessuno escluso, molto lontano rispetto alla posizione marginale nella quale si è tentato, per fortuna senza successo, di imprigionarli in anni appena trascorsi.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pardeller. Ne ha facoltà.

PARDELLER: Herr Präsident! Ich wollte eigentlich nur zum Fortgang der Arbeiten etwas sagen. Ich bin der Auffassung, dass jeder Abgeordnete sich vor der Sitzung die Sachen ansieht, sich vorbereitet und dass es nicht notwendig ist, immer wieder die Sitzungen zu unterbrechen. Stellen wir uns vor, die Schüler würden bei einer Klassenarbeit vom Lehrer verlangen, dass sie eine Pause bekommen, sich für die Klassenarbeit vorzubereiten. Wir bekommen alle gut bezahlt und irgendwo soll dieses Haus doch auch arbeiten. Die ständigen Unterbrechungen sind so nicht hinzunehmen! Wenn man herkommt, dann ist es besser, man sagt die Sitzung ab und die Leute sollen inzwischen brüten und wenn sie dann soweit sind, dann kommen sie zur Sitzung und stimmen ab. In der Demokratie ist es nämlich so, dass Mehrheiten entscheiden und jeder hat das Recht, seine Meinung zu sagen, aber irgendwo muss man auch zusammenfassen und zu einem Ergebnis kommen. Für meine Begriffe kann man so nicht arbeiten.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Urzì. Ne ha facoltà.

URZÌ: Grazie, Presidente, sull'ordine dei lavori. Credo che come sempre abbiamo la necessità di raccogliere, con il massimo rispetto, le dichiarazioni di ogni collega e quindi anche quelle del collega Pardeller.

Signor Presidente, c'è però da rimarcare come un conto sono le considerazioni personali che ciascuno di noi è libero di portare all'attenzione dell'aula, un conto è il rispetto delle regole. Le regole prevedono, signor Presidente, la facoltà e la possibilità, strada facendo, perché questo è un Consiglio che sa attivare la propria intelligenza e anche la propria autonomia di giudizio, questo è un Consiglio nel quale ci sono persone che questa autonomia di giudizio dimostrano in continuazione, ebbene è nelle regole la possibilità di prevedere momenti di confronto su situazioni che sono in continua evoluzione.

Noi siamo abituati, signor Presidente, a prendere posizione sulla base della nostra intelligenza personale, che starà agli altri valutare e giudicare e non a prendere atto della propria, esclusiva appartenenza, non siamo abituati a vivere in un regime di caserma, siamo abituati a vivere in un regime di autentica e quotidiana dialettica, confronto che serve a migliorare la qualità del nostro impegno.

Allora, signor Presidente, credo che debba essere rifiutata, non solo da noi personalmente, ma rifiutata dal Consiglio, questo continuo richiamo in termini molto scolastici, da maestri improvvisatisi tali, richiamo a presunti

doveri, quando poi questi doveri enunciati sarebbero nient'altro che l'essere replicanti di altri.

Allora, signor Presidente, siccome noi replicanti non lo siamo e siamo orgogliosi di non esserlo, vantiamo la nostra autonomia di giudizio, la nostra libertà, ebbene la riaffermiamo qua con forza e questo pensiero intendevo consegnarlo, affinché sia un pensiero di cui possa godere tutta l'aula. Grazie, Presidente.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner. Ne ha facoltà.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Wer in der letzten Legislaturperiode bereits im Regionalrat war, weiß, welche Schweregeburts dieses Gesetz war bzw. es ist gar nicht zur Geburt gekommen. Es war ein Abortus, weil man es abgebrochen hat und wir haben damals sehr stark darauf hingearbeitet, dass man die verschiedenen Sachbereiche trennt, sprich Gemeindegewahlgesetz, Gemeindeordnung und Entlohnung der Bürgermeister. Wer ein bisschen Erfahrung hat, der weiß, um was es in Wirklichkeit bei diesem Gesetz geht. Es geht um die Gehälter der Bürgermeister. Das ist der eigentliche Grund, warum man dieses Gesetz machen will. Wir können uns mit einigen Dingen, die hier vorgesehen sind, durchaus einverstanden erklären. Es sind auch einige Verbesserungen mit dabei. Aber die wesentlichen Dinge treffen uns nicht auf der gleichen Schiene, vor allem, was den Art. 14 anbelangt. Wir haben drei Abänderungsanträge eingereicht und einen habe ich zurückgezogen, weil ich ursprünglich auf den falschen Text die Anträge gemacht hatte. In der Kommission wurde ja die Anzahl der Unterschriften für die Referenden wieder zurückgeführt auf 10 Prozent, was in der letzten Legislatur ein Antrag von uns war, dem der Regionalrat mit einem Beschlussantrag zugestimmt hatte. Das Gesetz wurde dann nicht gemacht. Es freut mich und demzufolge ist dieser Antrag gegenstandslos. Die anderen beiden Abänderungsanträge betreffen die Streichung von Art. 14 - und da legen wir uns schon sehr deutlich fest -. Ich möchte hier schon die Kolleginnen und Kollegen aufrufen, nachzudenken, was es darstellt, wenn wir gestern die Abkoppelung unserer Gehälter von jenen der Parlamentarier genehmigt haben und morgen einführen, dass wir die Gehälter der Bürgermeister an unsere ankoppeln. Was wäre das für ein Zeichen nach außen? Dies zum einen.

Denn schließlich glaube ich an die Subsidiarität und dass die Gemeinden selber über die Gehälter der Bürgermeister und der Verwalter entscheiden sollen. Das entspricht übrigens auch einem Vorschlag der Europäischen Union, die in der Charta der kommunalen Selbstverwaltung eindeutig festgesetzt hat, dass auch die Entschädigungen der Verwalter Zuständigkeit der Gemeinden ist. Wenn ich Bürgermeister wäre, würde ich mir diese Kompetenz nicht nehmen lassen. Aber die Bürgermeister sehen es anders. Sie delegieren jetzt wiederum eine heiße Kartoffel (und ich habe diesen Ausdruck in den letzten Tagen öfters gebraucht) an ein höheres Organ: bitte macht ihr das, damit wir uns nicht die Finger verbrennen! Das ist Zuständigkeit der Gemeinden! Wir dürfen das nicht, so wie ich es sehe und die anderen sollen sich das nicht aus der Hand nehmen lassen. Es ist nicht so, dass die Gehälter morgen niedriger sein müssen. Wenn ein Bürgermeister gut

verwaltet, dann wird die Bevölkerung auch sagen: das was der Bürgermeister verdient, das steht ihm auch zu. Es will ja niemand jemandem etwas wegnehmen. Aber hergehen und sagen, schieben wir das auf den Regionalrat ab....

Zum zweiten: Der Bürgermeister wird seit einiger Zeit direkt gewählt. Man traut dem Bürgermeister zu, dass er bestimmte Kompetenzen ausübt und die übertrage ich ihm als Wähler direkt. Aber die Bezahlung, die soll man jetzt abkoppeln, die soll man jetzt herausnehmen aus diesem ganzen Paket? Das wäre auch nicht ganz logisch. Ich habe wirklich keine Bedenken, den Gemeinden diese Zuständigkeit zu übertragen. Ich würde es absurd finden, wenn es nicht so wäre. Der Vorwurf ist immer wieder laut geworden – und das gilt jetzt wieder an die Adresse der Einbringer, der Mehrheit –: indirekt wird durch diese Regelung die Parteipolitik gefördert bzw. die Parteikasse aufgefüllt. Wir wissen aus der öffentlichen Diskussion, dass die Bürgermeister einen Anteil an die Partei abtreten müssen und so ist es indirekt möglich, dass die Nutznießer auch die Parteien sind. Dieses Konstrukt passt uns nicht. Da wehren wir uns entschieden, nicht nur, weil wir keinen Bürgermeister haben und somit kein Geld bekämen. Das könnte man uns vielleicht vorwerfen und dass wir nur deshalb diese Linie fahren. Nein, weil wir einfach davon überzeugt sind. Aber diese Regelung sollte nicht indirekt dazu führen, die Parteikassen von irgendeiner Partei aufzufüllen. Das ist auch ein bisschen der Hintergedanke, der Vorwurf, der im Raum steht und den man nachvollziehen kann. Diesen Vorwurf würde ich mir, wenn ich in den Reihen der Südtiroler Volkspartei sitzen würde, nicht gefallen lassen.

Deshalb, warum wollt ihr dieses Problem so lösen, wie es nach unserem Dafürhalten nicht zu lösen ist? Man könnte hier stundenlang referieren, aber das werde ich nicht tun. Aber es ist ein entscheidender Faktor und ihr habt selber gesehen, mit welcher Aufmerksamkeit die Bevölkerung da ist, wenn es um die Bezahlung von öffentlichen Verwaltern geht. Man kann, wenn man ehrlich ist, die Arbeit auch gut verkaufen. Niemand will unterm Wert geschlagen werden, das sollen auch bitte die Politiker nicht tun. Man soll es nicht billiger machen als es sein muss und sein darf. Aber von der Zuständigkeit selber hier abzugehen, ich sprich jetzt von den Gemeinden, davon würde ich mit aller Entschiedenheit abraten. Deshalb haben wir zu diesem Artikel einen Streichungsantrag eingereicht. Das sollen die Gemeinden machen. Und es wäre überhaupt kein Problem, wenn der Gemeindenverband herginge, eine Regelung ausarbeiten würde, wo man bei den Bürgermeistern der Städte anfängt und ich sage ganz deutlich, der Bürgermeister von Bozen und von Trient haben sicherlich mehr Verantwortung als ein durchschnittlicher Landtagsabgeordneter. Das ist so – da muss man ehrlich sein. Deshalb sollen diese auch anständig bezahlt werden. Aber mit der ganzen Kumulierbarkeit, die jetzt möglich ist, verdienen die jetzt schon bedeutend mehr, zumindest in Bozen. Wir haben bei dieser Aussprache festgestellt, dass beispielsweise der Bürgermeister von Mailand viel, viel weniger bekommt, weil die eine eigene Regelung haben. Aber die Regelung hat die Gemeinde Mailand gemacht. Wenn die morgen festlegen, der Bürgermeister soll morgen so und soviel verdienen, sollen sie es beschließen. Dafür müssen sie den Wählern Rechenschaft geben und nicht uns.

Wir haben einen zweiten Antrag, der die Einführung der Briefwahl vorsehen würde, wie er in anderen Ländern bereits gang und gäbe ist, um jenen Bürgern, die am Wahltag aus irgendwelchen Gründen nicht zur Wahl gehen können, weil sie vielleicht schon lange einen Urlaub gebucht haben usw., die Möglichkeit geben, trotzdem zu wählen und dass man hier die Modalitäten findet. Ich weiß, dass es Bedenken verfassungsrechtlicher Natur gibt, aber ich denke, die könnten zu überwinden sein. Wir sind in der Europäischen Union und was in anderen Ländern möglich ist, sollte auch bei uns möglich sein. Es würde vielleicht auch ein bisschen die Wahlbeteiligung erhöhen oder man würde jenen entgegenkommen, die wählen wollen. Einige sind am Wahltag aus irgendwelchen Gründen verhindert und wenn man die Briefwahl einführen würde, dann hätten sie die Möglichkeit, von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch zu machen. Ich denke, das wäre demokratisch und würde jenen entgegenkommen, die aus irgendwelchen Gründen sonst nicht wählen können. Ich sehe hier keine Gefahr, dass hier jemand bevorzugt. Es gibt Systeme, die sehr gut kontrollierbar sind, dass z.B. nur der Wähler selber diesen Briefumschlag abgeben kann und ihn beispielsweise in der Gemeinde in eine Urne wirft. Also hier kann man sich die Details von jenen Ländern anschauen, wo diese Briefwahl schon seit längerer Zeit besteht.

Insgesamt sollten wir Gesetze, die in etwa funktionieren, nicht im Inhalt so wesentlich abändern, was hier auch nicht bei Durchsicht der anderen Artikel geschieht. Wir haben auch darüber geredet und ich habe den Minderheitenbericht der Kollegin Kury sehr aufmerksam gelesen, was die Streichung von Kapitel 4 angeht, bzw. dass man diese Übergangsbestimmungen mit einem eigenen Gesetz regeln sollte. Darüber kann man selbstverständlich auch diskutieren. Wir werden bei den anderen Artikeln keine großen Einwände erheben, weil sie teilweise wirklich technischer Natur sind. Aber auf diese Punkte möchten wir schon einen großen Wert legen.

Noch einmal, was die Bürgermeistergehälter angeht: glaubt mir, die Bevölkerung schaut gerade wegen der letzten Tage sehr genau darauf, was wir hier machen.

Noch abschließend: wir wollen nicht etwas, was wir gestern abgeschafft haben, auf einer anderen Ebene wieder hereinholen oder neu formulieren. Das wäre wirklich absurd und das würde die Welt in diesen beiden Provinzen sicherlich nicht verstehen. Deshalb rate ich davon ab und ersuche jetzt schon die Kolleginnen und Kollegen der Mehrheit zu überprüfen, ob man diese Regelung nicht wirklich den Gemeinden zurückgeben sollte. Denn sie steht uns einfach nicht zu und wir sollten uns nicht Dinge anmaßen, wo wir die Kompetenz einfach nicht haben. Dass es für die Gemeinden „komotter“ wäre, das verstehe ich schon, aber diese Fleißaufgabe sollten wir den Gemeinden nicht abnehmen.

PRESIDENTE: Per permettere l'incontro delle minoranze, che mi auguro sia proficuo, chiudo i lavori del Consiglio e ci vediamo domani alle ore 10.00.

La seduta è tolta.

(ore 17.00)

INDICE**INHALTSANGABE**

IN DISCUSSIONE CONGIUNTA:

- **DISEGNO DI LEGGE N. 6:**
Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 “Elezioni dirette del sindaco e modifica del sistema di elezioni dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1” e modifiche alla legge regionale 6 aprile 1956, n. 5 e successive modificazioni – *presentato dai Consiglieri regionali Pöder e Klotz;*

- **DISEGNO DI LEGGE N. 10:**
Riforma dell’ordinamento delle autonomie locali – *presentato dalla Giunta regionale*

pag. 1

IN VEREINHEITLICHER DEBATTE:

- **GESETZENTWURF NR. 6:**
Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 betreffend die „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ und Änderungen zum Regionalgesetz vom 6. April 1956, Nr. 5 und nachfolgende Änderungen - *eingbracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz*

- **GESETZENTWURF NR. 10:**
Reform der Ordnung der örtlichen Autonomien - *eingbracht vom Regionalausschuss;*

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	pag.	1
PARDELLER Georg (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	9-21-60
AMISTADI Adelino (CIVICA MARGHERITA)	"	10-40
KURY Cristina Anna Berta (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	28
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	34-47-60
PAROLARI Giuseppe (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	48
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	52-56
TURELLA Sandro (CIVICA MARGHERITA)	"	57
LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	61